

BEBAUUNGSPLAN “DIESELSTRASSE 9 – 13“, Stadtteil Aurich, Bpl. 9.3

AUSWERTUNG OFFENLAGE

**vom 04.01.2021 bis 12.03.2021
(Anpassung an Corona-Situation)**

Stand: 20.07.2022

Die Stellungnahmen sind vollständig wiedergeben, ausgenommen Standardformulierungen zur Einleitung und zum Schluss.

Personenbezogene Angaben (z.B. Personennamen) wurden anonymisiert.

I. TÖB		Datum
1.	Regierungspräsidium Stuttgart (RP S) - Ref. 21 Raumordnung	22.01.2021
2.	Landratsamt Ludwigsburg (LRA) 2.1 Naturschutz 2.2 Wasserwirtschaft und Bodenschutz 2.3 Immissionsschutz 2.4 Straßen	09.02.2021
3.	Verband Region Stuttgart (VRS)	25.01.2021
4.	IHK Region Stuttgart	05.02.2021
5.	Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS)	30.12.2020
6.	Telekom	01.02.2021
7.	Landesnaturschutzverband (LNV)	05.02.2021
8.	Bürgermeisteramt Oberriexingen	04.01.2021
9.	Polizeidirektion Ludwigsburg	-
10.	Bürgermeisteramt Eberdingen	-
11.	Bürgermeisteramt Sersheim	-
12.	Bodensee-Wasserversorgung	-
13.	Deutsche Post Bauen GmbH	-
14.	EnBW	-
15.	Unitymedia	-
16.	Sparkasseninformationstechnologie	-
17.	Verkehrsgesellschaft Pforzheim-Enzkreis	-
18.	Omnibus Ruoff GmbH, Hemmingen	-
19.	Handwerkskammer, Ludwigsburg	-
20.	Kreishandwerkerschaft Ludwigsburg	-

II. Öffentlichkeit (Bürger)		Datum
1.	Firma Metallbau-/Schlossereibetrieb Dieselstr. 17	21.01.2021
2.	Firma ASP Tech GmbH & Co. KG, Dieselstr. 19	26.01.2021
3.	Eigentümer Gewerbegrundstück Dieselstr. 19 3.1 Schreiben 1 3.2 Schreiben 2	05.03.2021 07.03.2021
4.	Firma CKS Transporte GmbH, Dieselstr. 19	11.03.2021

I. BETEILIGUNG DER BEHÖRDEN UND SONSTIGER TRÄGER ÖFFENTL. BELANGE (TÖB)	
STELLUNGNAHMEN TÖB	STELLUNGNAHMEN DER VERWALTUNG BESCHLUSSVORSCHLAG
1. Regierungspräsidium Stuttgart (RPS), 22.01.2021	Berücksichtigen, Kenntnisnahme, nicht berücksichtigen
Es handelt sich nach dem von Ihnen vorgelegten Formblatt um einen entwickelten Bebauungsplan. Nach dem Erlass des Regierungspräsidiums vom 10.02.2017 erhalten Sie keine Gesamtstellungnahme des Regierungspräsidiums. Die von Ihnen benannten Fachabteilungen nehmen – bei Bedarf – jeweils direkt Stellung.	Kenntnisnahme
1.1 Raumordnung Aus raumordnerischer Sicht wird darauf hingewiesen, dass insbesondere § 1 Abs. 3 bis Abs. 5 BauGB sowie § 1a Abs. 2 BauGB zu beachten sind. Diesen Regelungen sind in der Begründung angemessen Rechnung zu tragen.	Kenntnisnahme
Zur Aufnahme in das Raumordnungskataster wird gemäß § 26 Abs. 3 LplG gebeten, dem Regierungspräsidium nach Inkrafttreten des Planes eine Mehrfertigung der Planunterlagen - soweit möglich auch in digitalisierter Form - zugehen zu lassen.	Kenntnisnahme
2. Landratsamt Ludwigsburg (LRA), 09.02.2021	
2.1 LRA Naturschutz Aufgrund der Länge des Verfahrens haben sich die Gehölz- und Saumstrukturen im Umfeld ggf. deutlich weiterentwickelt. Wenn davon auszugehen ist, dass infolge der Bebauung die Gehölzstrukturen entlang der östlichen Grundstücksgrenzen gerodet werden müssen, bzw. in die Saumbereiche eingegriffen werden muss, ist zunächst eine Kontrollbegehung i.S. einer Habitatpotentialanalyse erforderlich, um zu prüfen, ob ein Konflikt zwischen geplanter Bebauung und dem besonderen Artenschutz gem. § 44 BNatSchG besteht.	Berücksichtigen Der Gehölzbestand an der Ostgrenze des Plangebiets befindet sich nicht innerhalb des Geltungsbereichs bzw. es ragen lediglich Äste und Zweige in den Geltungsbereich, so dass durch die Bebauungsplanänderung nicht mit der Rodung von Gehölzen auf den Nachbargrundstücken außerhalb des Geltungsbereichs zu rechnen ist. Eine Relevanzprüfung bzw. Habitatpotenzialanalyse wurde im Jahr 2020 bereits durchgeführt. In der Begründung sind folgende Aussagen zum besonderen Artenschutz enthalten: Der Gehölzbestand mit Saumbereich im Norden des Plangebiets, wird durch eine Pflanzbindung gesichert, so dass hier keine Eingriffe erfolgen. Das übrige Plangebiet weist für alle europarechtlich geschützten, Säugetiere, Reptilien, Amphibien, Schmetterlinge, Insekten und Weichtiere keine geeigneten Habitatpotenziale auf. Das gesamte Plangebiet stellt für alle relevanten Arten kein bekanntes Verbreitungsgebiet dar.

	<p>Das Untersuchungsgebiet stellt für alle europarechtlich geschützten Pflanzenarten nach Anhang IV FFH-Richtlinie kein bekanntes Verbreitungsgebiet dar.</p> <p>Für die Beseitigung des sehr kleinflächigen Gehölzbestandes im Süden, können durch Bauzeitenregelung Verbotstatbestände für zweigbrütende Vogelarten ausgeschlossen werden. Diesbezüglich sind im Textteil unter den Hinweisen, Ziffer 3.7 Schutz von Vögeln, bereits entsprechende Formulierungen getroffen worden.</p>
Über das Ergebnis sollte die untere Naturschutzbehörde zeitnah informiert werden.	<p>Berücksichtigen</p> <p>Das Ergebnis wurde mit der unteren Naturschutzbehörde am 20.04.2021 telefonisch besprochen.</p>
Weiterhin sollte eine insektenfreundliche Außenbeleuchtung festgesetzt werden. Bei einer solchen Außenbeleuchtung handelt es sich um eine Schutzmaßnahme in Anlehnung an § 1 BNatSchG, bzw. dient diese dem vorbeugenden Umwelt- und Naturschutz und entspricht damit den Planungsgrundsätzen gemäß § 1 Abs. 5 BauGB. Damit besteht grundsätzlich eine städtebauliche Rechtfertigung für eine derartige Festsetzung.	<p>Berücksichtigen</p> <p>Bezüglich der privaten Außenbeleuchtung wird folgender Hinweis unter Ziffer 3.8 in den textlichen Teil des Bebauungsplans aufgenommen:</p> <p>Die private Außenbeleuchtung an Gebäuden und Freiflächen (z. B. Wege, Parkplätze) ist energiesparend, blend- und streulichtarm sowie arten- und insektenfreundlich zu gestalten. Vegetation (z.B. Grünflächen, Bäume, Büsche) und Gewässer dürfen nicht beleuchtet werden.</p> <p>Für die Beleuchtung von Anlagen der öffentlichen Hand gilt § 21 NatSchG unmittelbar.</p>
<p>2.2 Wasserwirtschaft und Bodenschutz</p> <p><u>Kommunales Abwasser und Oberflächengewässer</u></p> <p>Für die Herstellung der Dachbegrünung darf nur unbelastetes Substrat (LAGA-Z0) verwendet werden. Auf eine entsprechende Gütesicherung ist zu achten. Recyclingmaterial wie z.B. Schlackereste aus der Müllverbrennung ist nicht zulässig. Ebenso müssen diese Dächer dauerhaft extensiv begrünt sein, um die Funktion zu erhalten, etwaige kahle Stellen sind auszubessern. Alternativ hierzu ist auch ein Aufbau der Dachbegrünung mit einem Wasserspeichervermögen von mind. 30 l/m² oder einem Abflussbeiwert von 0,35 (Nachweis des Herstellers der Dachbegrünung) möglich.</p>	<p>Berücksichtigen</p> <p>Die Regelungen zur Dachbegrünung werden im textlichen Teil des Bebauungsplans entsprechend ergänzt.</p> <p>Im Übrigen ist es selbstverständlich, dass belastetes Material beim Bau nicht eingebracht werden darf, was gleichermaßen auch für andere Flächen wie z.B. Freiflächen- / Gartengestaltung zutrifft.</p>
<p>Die, in unserer früheren Stellungnahme vom 15.03.2010 angeregte Versickerung des Niederschlagswassers wurde aus Platzgründen nicht in die aktuelle Planung mitaufgenommen. Die Entwässerung soll stattdessen nun über den bestehenden Mischwasserkanal in der Dieselstraße erfolgen. Wir empfehlen allerdings nach wie vor eine getrennte Ableitung von Niederschlagswasser im Sinne des § 55 Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz WHG.</p> <p>Wir bitten, die Entwässerungsplanung frühzeitig mit dem Landratsamt abzustimmen.</p>	<p>Nicht berücksichtigen</p> <p>Die bereits 2010, im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung vom LRA angeregte Versickerung des Niederschlagswassers, wurde vom städtischen Tiefbauamt erneut geprüft. Die erneute Prüfung kam zum gleichen Ergebnis wie in den früheren Betrachtungen:</p> <p>Der Boden im Plangebiet ist nur bedingt für Versickerungen geeignet. Breitflächige Versickerungen oder Mulden sind deshalb wenig zielführend. Daher wird darauf verzichtet, zugunsten einer üblichen Gartennutzung.</p> <p>Der aktuell noch rechtskräftige B-Plan hat</p>

	keine Festsetzung zur Dachbegrünung. Durch die im Änderungsverfahren getroffene Regelung begrünte Flachdächer wird ein wesentlicher Beitrag zur Rückhaltung von Niederschlagswasser geleistet.
<u>Wasserschutzgebiete/Grundwasserschutz</u> Unter gering mächtigen Deckschichten (Löß/ Lößlehme) stehen hier unmittelbar die Schichten des oberen Muschelkalks an. Mit vorhabenrelevanten Grundwasserständen ist nicht zu rechnen.	Kenntnisnahme
2.3 Immissionsschutz Den Planunterlagen wurde ein Lärmgutachten mit zwei Ergänzungen beigelegt. Aus dem Erstgutachten ergab sich, dass allein die an das Plangebiet angrenzende Firma <i>Metallbau-/ Schlossereibetrieb</i> im Plangebiet bis zu 75 dB (A) als Beurteilungspegel verursachte. Als Lärmschutzmaßnahme wurde eine 9 m hohe Lärmschutzwand vorgeschlagen. Stattdessen wurden Lärminderungsmaßnahmen an der Halle der Firma <i>Metallbau-/ Schlossereibetrieb</i> umgesetzt. Nach deren Umsetzung ergeben sich nun Lärmpegel von ca. 55 dB (A) im Plangebiet. Damit schöpft die Firma <i>Metallbau-/ Schlossereibetrieb</i> allein die zulässigen WA-Werte tagsüber im Plangebiet aus.	Kenntnisnahme Es ist richtig, dass die Firma <i>Metallbau-/ Schlossereibetrieb</i> den Immissionsrichtwert unter den beschriebenen Bedingungen (Maximalfall: lärmintensive Tätigkeiten von 6-22 Uhr), ausschöpft. Dieser Betrieb ist unter diesen Bedingungen pegelbestimmend für das geplante Wohngebiet Dieselstraße 9 – 13.
Auf eine Betrachtung der übrigen Gewerbebetriebe wurde durch den Gutachter mit folgender Begründung (Seite 11 des ISIS-Berichtes vom August 2018) verzichtet: „Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten sind keine relevanten Lärmeinwirkungen durch benachbarte Gewerbebetriebe an den Bezugspunkten zu erwarten“. Dies ist unseres Erachtens nicht zutreffend. Der Gebäudekomplex, in dem sich die Firma ASP befindet, ist zwar nach Süden zum dort befindlich WA durch einen Bürogebäudeteil abgeschirmt, in Richtung der Baukörper des geplanten Wohngebietes befinden sich jedoch Hallentore in einer Entfernung von nur ca. 25 m nördlich der Fa. <i>Metallbau-/Schlossereibetrieb</i> bzw. ansonsten in ca. 70 m Entfernung. Ebenso liegt das Plangebiet ca. 3 m oberhalb der Firmen <i>Metallbau-/ Schlossereibetrieb</i> und ASP, so dass hier eine freie Schallausbreitung in Richtung der geplanten Wohnhäuser gegeben ist.	Kenntnisnahme Bei mehreren Ortsbesichtigungen und Ortsterminen wurden vom Verfasser der Lärmuntersuchungen, Büro ISIS, keine signifikanten Lärmeinwirkungen durch die Firma ASP Fahrzeugbau wahrgenommen. Die Firmen <i>Metallbau-/Schlossereibetrieb</i> und ASP Fahrzeugbau liegen im Plangebiet des rechtskräftigen Bebauungsplans „Frühmessfurche 1. Änderung“. Die zulässige Nutzung gemäß Bebauungsplan ist eingeschränktes Gewerbe (GEe). Dementsprechend sind im Plangebiet „Frühmessfurche 1. Änderung“ nur solche Lärmeinwirkungen durch Gewerbelärm zulässig, die die Immissionsrichtwerte der TA-Lärm für Mischgebiete nicht überschreiten.
Die Firma <i>Metallbau-/Schlossereibetrieb</i> schöpft auch nach der Durchführung von Lärminderungsmaßnahmen die zulässigen Lärm-Immissionsrichtwerte von 55 dB(A) im Plangebiet gemäß den gutachterlichen Aussagen tagsüber aus. Daher ist zusätzlich noch die Lärmeinwirkung mindestens durch die Firma ASP Fahrzeugbau, Dieselstr.19, zu ermitteln, auch für den Nachtzeitraum, da auch dieser zeitweise für Betriebstätigkeiten genutzt wird. Falls sich durch die Lärmbeurteilung insbesondere der Firma ASP Überschreitungen der zulässigen WA-Immissionsrichtwerte ergeben, sind entsprechende aktive oder passive Festsetzungen zum Lärmschutz in den Bebauungsplan aufzunehmen.	Bereits die Festsetzung, eingeschränktes Gewerbe (GEe), steht erfahrungsgemäß den intensiven Tätigkeiten der Firma ASP Fahrzeugbau, insbesondere im Zeitbereich nachts entgegen. Bezugnehmend auf aktuelle Angaben der Firma ASP, vom 03.12.2021, liegen die Betriebszeiten zwischen 6 und 22 Uhr. Nachts finden keine Betriebstätigkeiten statt. Es ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass das Gebäude Dieselstraße 15 und 15/1 der Wohnnutzung dient und somit auch an diesem Gebäude die Anforderungen der TA-Lärm bzw. des Bebauungsplans si-

	<p>cherzustellen sind.</p> <p>Südlich der Dieselstraße befindet sich Wohnbebauung in einem Allgemeinen Wohngebiet (WA), das ebenfalls vor unzumutbaren Lärmeinwirkungen, insbesondere nachts zu schützen ist.</p> <p>Angesichts dieser Situation ist bei einer ordnungsgemäßen Nutzung des Betriebsgeländes durch die genannten Firmen nicht von unzumutbaren Lärmeinwirkungen im geplanten Wohngebiet auszugehen.</p>
<p>Weiterhin schlagen wir vor, verbindlichere passive Lärmschutzmaßnahmen zum Lärmschutz durch Verkehrslärm im nördlichen Bereich des Plangebietes im Bebauungsplan bzw. dem Textteil hierzu festzuschreiben. Bislang lautet eine geplante Formulierung im Textteil des Bebauungsplans lediglich: „Für schutzbedürftige Wohnräume, insbesondere Schlaf und Kinderzimmer werden schalldämmende, fensterunabhängige Lüftungseinrichtungen empfohlen (Schallschutzklasse 2 nach VDI 2719[7]).</p>	<p>Berücksichtigen</p> <p>Wie vorgeschlagen, wird die Formulierung zu Maßnahmen zum Lärmschutz durch Verkehrslärm im Textteil verbindlich formuliert.</p>
<p>2.4 Straßen</p> <p>Wir bitten um frühzeitige Information bezüglich aller Belange hinsichtlich der K 1649.</p> <p>Im Übrigen verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 15.03.2010.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p><u>Stellungnahme vom 15.03.2010</u></p> <p>Wir verweisen auf unser Schreiben vom 16.03.2009 zu den Bebauungsplanverfahren „Weiler – 4. Änderung“ und „Römerberg“. Soweit diese Vorgaben eingehalten werden, haben wir keine weiteren Anregungen.</p> <p>Wir bitten, den Fachbereich Straßen im weiteren Verlauf des Verfahrens bezüglich aller Belange hinsichtlich der K 1649 zeitnah in Kenntnis zu setzen, insbesondere über eine gegebenenfalls notwendig werdende Planung eines Lärmschutzwalls.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p><u>Schreiben vom 16.03.2009:</u></p> <p>Wie wir bereits telefonisch besprochen haben, möchten wir für beide Bebauungspläne die Abstimmungsgrundsätze festlegen. Beide Bereiche befinden sich an der freien Strecke der K 1649 in Vaihingen-Aurich und sollen mit Lärmschutzwällen zur Kreisstraße abgegrenzt werden. Da die Grundsätze vergleichbar sind, sollen die Festsetzungen für beide Bebauungspläne gelten.</p> <p><u>Anbauabstand:</u></p> <p>Der Anbauabstand von Hochbauten zu klassifizierten Straßen regelt § 22 Straßengesetz. Zur freien Strecke der Kreisstraßen muss ein Abstand von 15 m bis zum befestigten Fahrbahnrand eingehalten werden. Unterschreitungen lassen wir bis zu einem Abstand von minimal 10 m ab Fahrbahnrand für Garagen zu.</p> <p><u>Lärmschutzwall:</u></p> <p>Da die Lärmschutzwälle dauerhaft hergestellt werden und damit zukünftig kein weiterer Ausbau im Straßenbereich möglich sein wird, muss der Abstand Fahrbahnrand – Wallfuß 2,50m betragen. Dazwischen lie-</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

<p>gen das Straßenbankett (1,00 m breit) und die Entwässerungsmulde (1,50 m breit). Das Neigungsverhältnis des Lärmschutzwalles ist 1:1,5. Sollte geplant werden, dieses Verhältnis zu unterschreiten, muss dies bei der Ausführung des Lärmschutzwalls berücksichtigt werden (zum Beispiel durch eine Befestigung des Lärmschutzwalles mit Blocksteinen, Pflanzsteinen usw.). Eigentum und Unterhaltung des Lärmschutzwalles müssen vor dem Bau geregelt werden. Die Wallseite, die der Straße zugewandt ist, kann nur von der Stadt bzw. im Auftrag der Stadt gepflegt werden. Bankett und Mulde werden im Rahmen der betrieblichen Unterhaltung durch die Straßenmeisterei gemäht. Eine Bepflanzung mit Sträuchern können wir nur oberhalb von 2m ab Entwässerungsmulde zulassen. Die Entlastung der Entwässerungsmulde muss noch vor Ort geklärt werden. Zugänge der Anwohner über den Wall zur Straße müssen aus Verkehrssicherheitsgründen ausgeschlossen bleiben.</p>	
<p>3. Verband Region Stuttgart (VRS), 25.01.2021 Regionalplanerische Ziele stehen der Planung nicht entgegen. Es wird davon ausgegangen, dass die aus der benachbarten gewerblichen Nutzung resultierenden Belange Berücksichtigung finden. Wir bitten Sie, uns nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ein Exemplar der Planunterlagen, möglichst in digitaler Form (an: planung@region-stuttgart.org), zu überlassen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>4. IHK Region Stuttgart, 05.02.2021 Im schalltechnischen Gutachten findet sich kein Hinweis auf die nördlich der Schlosserei befindliche und direkt an das geplante Wohngebiet angrenzende Freifläche eines bei uns zugehörigen Unternehmens (CKS Transporte GmbH). Diese Freifläche wird in Verbindung mit der sich anschließenden Gewerbehalle flexibel genutzt, wobei auch Lärmemissionen entstehen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>Im zeichnerischen Teil ist dort, offenbar nicht korrekt, die Flurstücksnummer 2355/1 eingetragen.</p>	<p>Berücksichtigen Die Flurstücksnummer hatte sich bei der Planbearbeitung versehentlich zeichnerisch verschoben. Eine Richtigstellung wird vorgenommen.</p>
<p>Die eingezeichnete „Umgrenzung der Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen (Verkehrslärm)“, die sich auch entlang der Westseite der o.g. Freifläche erstreckt, wird in den Unterlagen nicht näher erläutert. Daher müssen wir davon ausgehen, dass es sich lediglich um passive Lärmschutzmaßnahmen handelt.</p>	<p>Kenntnisnahme Die Annahme ist richtig, dass es sich um passive Lärmschutzmaßnahmen handelt. Gemäß der Darstellung im Planteil inklusive Zeichenerklärung handelt es sich um Lärmschutzmaßnahmen (schalldämmende, fensterunabhängige Lüftungseinrichtungen für schutzbedürftige Wohnräume) gegenüber dem Verkehrslärm.</p>
<p>Am Ortsrand des Gewerbegebiets befindet sich dagegen eine begrünte Lärm- und Sichtschutzwand.</p>	<p>Kenntnisnahme Wir nehmen an, dass mit der genannten begrünten „Lärm- und Sichtschutzwand, am Ortsrand des Gewerbegebiets“, die Lärmschutzwand im Wohngebiet Römerbergle ge-</p>

	<p>meint ist, die an der Grenze zum westlich angrenzenden eingeschränkten Gewerbegebiet „Frühmessfurche 1. Änderung“ liegt.</p> <p>Die Lärmschutzwand im Plangebiet des Bebauungsplans „Römerberge“ (rechtskräftig seit 01.07.2010) wurde aufgrund der Empfehlung aus der damals speziell für das Gebiet „Römerberge“ durchgeführten schalltechnischen Untersuchungen errichtet.</p>
<p>Mit der geplanten Wohnbebauung, die direkt an das Gewerbegebiet heranrückt, wird eine Gemengelage geschaffen, die unseres Erachtens zu Konflikten mit den bestehenden Nutzungen im Gewerbegebiet führen dürfte. Betriebliche Beschränkungen und damit verbundene Kosten und sonstige Nachteile können die Folge sein (neben der o.g. CKS Transporte GmbH wäre die ASP Tech GmbH & Co KG betroffen). Wir erheben daher Bedenken gegen die geplanten Festsetzungen. Das Areal für die geplante Wohnbebauung ist zudem höher gelegen als die Gewerbeflächen. Die Übersicht „Überbauungskonzept/Schnitt S“ lässt in diesem Zusammenhang erkennen, dass von den Wohnungen aus ein vollständiger Überblick über das Gewerbegebiet bestehen würde. Die Aktivitäten im Gewerbegebiet dürften daher subjektiv als störender wahrgenommen werden, als objektiv gegeben und die Konfliktwahrscheinlichkeit tendenziell erhöhen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Die genannten Betriebe liegen im Plangebiet des Bebauungsplans Frühmessfurche 1. Änderung, rechtskräftig seit 15.12.1995. Demgemäß liegen die angeführten Betriebe in einem Gebiet, das eingeschränkt gewerbliche Nutzung (GEe) festsetzt, in dem also entsprechend der Bebauungsplanfestsetzungen nur „das Wohnen nicht wesentlich störende Betriebe im Sinne des § 6 BauNVO zulässig“ sind.</p> <p>Das bedeutet, dass im Planungsgebiet nur Lärmeinwirkungen durch Gewerbelärm zulässig sind, die die Immissionsrichtwerte der TA-Lärm für Mischgebiete nicht überschreiten. Angesichts dieser Situation ist bei einer ordnungsgemäßen Nutzung des Betriebsgeländes durch die genannten Firmen nicht von unzumutbaren Lärmeinwirkungen im geplanten Wohngebiet auszugehen.</p>
<p>Wir haben Hinweise erhalten, dass im Plangebiet die Entwässerung bei Starkregen problematisch sein kann, dazu haben wir in den Unterlagen keine Erwähnung gefunden.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Gemäß der Beurteilung des städtischen Tiefbauamts ist die öffentliche Kanalisation im betroffenen Bereich der Dieselstraße, nach den rechtlichen und technischen Regeln ausreichend dimensioniert.</p> <p>Laut Regelwerken sind Kanäle für bestimmte Regenereignisse und Häufigkeiten dimensioniert. Dabei wird von einer bestimmten Versagenshäufigkeit ausgegangen, d.h. dass seltene bzw. stärkere Regenereignisse durchaus zu einer Netzüberlastung führen und damit zum Überstau und schlimmstenfalls zur Überflutung. Kanäle können aus wirtschaftlichen Gründen nicht so dimensioniert werden, dass sie auch das stärkste bzw. seltenste Regenereignis ableiten können, da sie dann für den Alltag und ihren eigentlichen Zweck völlig überdimensioniert wären.</p>
<p>Trotz des erhöhten Stellplatzschlüssels dürfte der Parkdruck im öffentlichen Straßenraum zunehmen und ggf. zu Verkehrsbeeinträchtigungen führen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>5. Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) 30.12.2020 Gegen den o. g. Bebauungsplan erheben wir keine Einwände.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

<p>6. Telekom, 01.02.2021</p> <p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG – hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>Zum Bebauungsplanentwurf haben wir nachfolgenden Einwand:</p> <p>In Punkt 1.9. der planungsrechtlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan (Führung von Versorgungs- und Entsorgungsleitungen) wird die unterirdische Verlegung von Telekommunikationslinien (TK-Linien) festgelegt. Dieser Forderung widersprechen wir mit folgender Begründung: Regelungen zur Zulassung der oberirdischen Ausführung von TK-Linien sind in § 68 Absatz 3 Sätze 2 und 3 TKG abschließend enthalten. Die Kriterien zur Art und Weise der Trassenführung von TK-Linien sind damit bundesgesetzlich geregelt.</p> <p>Zwar kann gemäß § 9 Absatz 1 Nr.13 BauGB im Bebauungsplan die Führung von oberirdischen oder unterirdischen Versorgungsanlagen und -leitungen aus städtebaulichen Gründen festgelegt werden, jedoch ist nicht davon auszugehen, dass der Bundesgesetzgeber im Juni 2004 eine sehr ausgefeilte Kompromisslösung zur oberirdischen Verlegung von TK-Linien in § 68 Abs. 3 TKG aufnimmt, um sie einen Monat später im Juli 2004 wieder massiv durch § 9 Absatz 1 Nr.13 BauGB zu modifizieren bzw. einzuschränken.</p> <p>Sollte es bei dem Verbot von oberirdisch geführten TK-Linien im Bebauungsplan bleiben, behalten wir uns eine Prüfung im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens vor dem zuständigen Oberverwaltungsgericht vor.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Zur Möglichkeit der Festsetzung unterirdisch zu führender Versorgungsanlagen und –leitungen hat das Europarechtsanpassungsgesetz Bau 2004 eine erneute Klärung herbeigeführt. § 9 Abs.1 Nr.13 BauGB wurde dahin konkretisiert, dass die Führung von oberirdischen oder unterirdischen Versorgungsanlagen und Leitungen festgesetzt werden kann. Mit Rücksicht auf die Entwicklungen im Kommunikationsbereich hat es der Gesetzgeber als „unmissverständliche Klarstellung der geltenden Rechtslage“ für erforderlich angesehen, dies in der Neufassung der Nummer 13 zum Ausdruck zu bringen. Im Bebauungsplan kann daher z.B. festgesetzt werden, dass die Führung von Telekommunikationsleitungen unterirdisch zu erfolgen hat. (Ernst-Zinkahn-Bielenberg, BauGB Kommentar, zu § 9 (1)13 BauGB).</p>
<p>Bei der Umsetzung des Bebauungsplanes bitten wir nachfolgende Hinweise zu beachten:</p> <p>Durch die Nachverdichtung des Gebietes kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Verlegung neuer Telekommunikationslinien auch außerhalb des Bebauungsplanes erforderlich wird.</p> <p>Bitte informieren Sie daher den Investor, dass er sich im Fall einer Anbindung der neuen Gebäude an die vorhandene Telekommunikationsinfrastruktur der Telekom frühestmöglich mit unserer Bauherren-Hotline (Tel.: 0800 330 1903) in Verbindung setzen möchte. Nur so können wir rechtzeitig unsere Planung und unser Leistungsverzeichnis erstellen und Absprachen bezüglich eines koordinierten, wirtschaftlichen Bauablaufs vornehmen.</p> <p>Wir weisen vorsorglich darauf hin, dass eine Versorgung von Gebäuden, die in zweiter Reihe errichtet werden und deren Hauszuführung über ein fremdes Grundstück geführt werden muss, nur erfolgen kann, wenn für dieses Grundstück die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Grundstückseigentümer (Investor) ist informiert.</p> <p>Der Lageplan zur Lage der Telekommunikationsanlagen ist als Anhang 1 den Stellungnahmen beigelegt.</p>

<p>mit dem Wortlaut: "Beschränkte persönliche Dienstbarkeit für die Telekom Deutschland GmbH, Bonn, bestehend in dem Recht auf Errichtung, Betrieb, Änderung und Unterhaltung von Telekommunikationslinien, verbunden mit einer Nutzungsbeschränkung." erfolgt ist. Im o. a. Plangebiet befinden sich Telekommunikationsanlagen der Telekom. Die Lage der Anlagen können Sie dem beigefügten Lageplan entnehmen. Die TK-Anlagen sind bei der Baumaßnahme entsprechend zu sichern bzw. durch die Telekom zurückzubauen lassen.</p> <p>Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 2013; siehe insbesondere Abschnitt 6, zu beachten.</p> <p>Wir bitten sicherzustellen, dass durch die Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien der Telekom nicht dauerhaft behindert werden. Dies gilt insbesondere für die Baumpflanzungen in der nördlichen Grünfläche.</p> <p>Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.</p>	
<p>7. Landesnaturschutzverband (LNV), 05.02.2021</p> <p>Der LNV hat gegen den o.g. Bebauungsplanentwurf der Innenentwicklung (nach § 13a BauGB) keine grundsätzlichen Bedenken.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>Wir wären Ihnen aber dankbar, wenn Sie noch nachfolgende Ergänzungen des Bebauungsplans berücksichtigen könnten:</p> <p>Im Textteil des Bebauungsplanentwurfs sollten noch <u>planungsrechtliche Festsetzungen</u> für Maßnahmen zur „insekten- bzw. tierfreundlichen Beleuchtung“ getroffen werden (also unter Abschnitt 1.!). Diesbezüglich wird auf das angehängte Merkblatt in der Anlage verwiesen, welches auf die Empfehlung von Fachleuten der International Dark-Sky Association zurückgeht</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Das Merkblatt ist als Anhang 2.1 den Stellungnahmen beigefügt.</p>
<p>Wir empfehlen, die nachfolgende Formulierung in den Textteil des Bebauungsplanes aufzunehmen:</p> <p>„Die öffentliche und private Außenbeleuchtung an Gebäuden und Freiflächen (z. B. Wege, Parkplätze) ist energiesparend, blend- und streulichtarm sowie arten- und insektenfreundlich zu gestalten. Vegetation (z.B. Grünflächen, Bäume, Büsche) und Gewässer dürfen nicht beleuchtet werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Lichtmenge ist gering zu halten: Beleuchtungsstärken von max. 5 Lux für Wege, max. 10 Lux für Parkplätze. Leuchtdichten für Anstrahlungen bzw. - selbstleuchtenden Flächen von max. 100 Candela/Quadratmeter für max. 10 m² Flächen, 5 Candela/Quadratmeter für größere Flächen. Anstrahlungen ohne Informationsvermittlung (wie z.B. Wand ohne Logo/Namen) sind zu vermeiden. 	<p>Teilweise berücksichtigen</p> <p>Für die Beleuchtung von Anlagen der öffentlichen Hand gilt § 21 NatSchG unmittelbar. Bezüglich der privaten Außenbeleuchtung wird folgender Hinweis in den textlichen Teil des Bebauungsplans aufgenommen:</p> <p>Die private Außenbeleuchtung an Gebäuden und Freiflächen (z. B. Wege, Parkplätze) ist energiesparend, blend- und streulichtarm sowie arten- und insektenfreundlich zu gestalten. Vegetation (z.B. Grünflächen, Bäume, Büsche) und Gewässer dürfen nicht beleuchtet werden.</p>

<ul style="list-style-type: none"> - Lichtlenkung nur durch voll abgeschirmte Leuchten, die im installierten Zustand nur unterhalb der Horizontalen abstrahlen (Upward Light Ratio = 0 %, besser Lichtstärkeklasse G6). Daher ist auf Bodenstrahler, freistrahkende Röhren und Kugelleuchten zu verzichten. Lichtpunkthöhen (an Gebäude oder auf Masten) sind so niedrig zu wählen, damit keine Abstrahlung über die Nutzungsfläche hinaus erfolgt. - Auf die Nutzungszeit bedarfsorientierte Beleuchtung soll durch Schalter, Zeitschaltuhren, Bewegungsmelder oder Smart Technologien zeitlich begrenzt sein. - Es sind ausschließlich Leuchtmittel mit bernsteinfarbenen bis max. warmweißen Farbtemperaturen (Orientierung 1800 bis max. 3000 Kelvin) zu verwenden. - Wechsellicht (Änderungen des Betriebszustandes der Beleuchtungsanlage in weniger als 5 Minuten) darf nicht verwendet werden. Ebenso ist bewegtes Licht nicht zulässig. <p>Bei nächtlicher Beleuchtungspflicht (z.B. aufgrund nächtlicher Arbeitstätigkeiten) gelten die zuvor genannten Vorgaben, sofern die Technischen Regeln für Arbeitsstätten keine anderen Anforderungen stellen.“</p>	
<p>In diesem Zusammenhang weisen wir noch auf den neuen § 21 Naturschutzgesetz zur insektenfreundlichen Beleuchtung hin, aus dem sich u.a. (siehe Abs. 3) eine diesbezügliche Verpflichtung <u>der Gemeinden</u> für neu zu errichtende Beleuchtungsanlagen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen (ab 1.1.2021) ergibt (sh. Gesetz zur Änderung des Naturschutzgesetzes und des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes vom 23.07.2020, GBl. vom 30. Juli 2020, S. 651 ff.).</p>	<p>Kenntnisnahme Für die Beleuchtung von Anlagen der öffentlichen Hand gilt § 21 NatSchG unmittelbar. Im gegebenen Fall handelt es sich um ein Vorhaben auf einem Privatgrundstück. Die Maßnahmen erfolgen nicht an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen.</p>
<p>Soweit bei der späteren Bebauung des Plangebiets stark spiegelnde oder transparente Glasflächen eingesetzt werden sollen, besteht die Gefahr, dass Vögel damit kollidieren, oft mit tödlichen Folgen. Der LNV empfiehlt deshalb zum <u>Schutz vor sog. „Vogelschlag“</u> bauliche Maßnahmen nach § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB planungsrechtlich <u>festzusetzen</u> (also ebenfalls unter Abschnitt 1.).</p> <p>Insoweit wird auf die Antwort des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden- Württemberg vom 02.01.2019 zur Kleinen Anfrage des Abgeordneten Nemeth, CDU (<u>Landtags-Drucksache 16/5338</u>) vom 06.12.2018 (ausgegeben am 28.01.2019) hingewiesen.</p> <p>Die Landtagsdrucksache bestätigt u.a. die planungsrechtliche Festsetzungsmöglichkeit und kann über das Internet abgerufen werden. Darüber hinaus wird auf die <u>LNv-Info 07/2020</u> vom 23.10.2020 hingewiesen, die vertiefende Informationen und weiterführende Links enthält (<u>als Datei beigefügt</u>).</p>	<p>Kenntnisnahme Die LNV-Info ist als Anhang 2.2 den Stellungnahmen beigefügt.</p>
<p>Bei der Festsetzung von Maßnahmen gegen sog. „Vogelschlag“ sollte insbesondere auf das Merkblatt der</p>	<p>Berücksichtigen Die Links zum „Merkblatt Schweizerische Vo-</p>

Schweizerischen Vogelwarte unter dem Link https://vogelglas.vogelwarte.ch/assets/files/merkblaetter/MB_Voegel_und_Glas_D_2017.pdf und die ausführliche Broschüre „Vögel und Glas“ https://vogelglas.vogelwarte.ch verwiesen werden. Das Merkblatt ist ebenfalls als Datei beigefügt.	gelwarte“ und zur Broschüre „Vögel und Glas“ werden als Hinweis in den Textteil zum Bebauungsplan aufgenommen. Das Merkblatt ist als Anhang 2.3 den Stellungnahmen beigefügt.
Unter <u>Abschnitt 2 (Örtliche Bauvorschriften)</u> empfehlen wir bei der Ziffer 2.3. den Text zu den <u>Einfriedigungen</u> noch um folgenden (dann letzten) Satz zu ergänzen: „Einfriedigungen müssen so gestaltet werden, dass sie von Kleintieren, wie z.B. Igel, passiert werden können.“	Berücksichtigen Ziffer 2.3 wird entsprechend ergänzt.
8. Bürgermeisteramt Oberriexingen, 04.01.2021, die Stadt Oberriexingen hat gegen den Bebauungsplan „Dieselstraße 9 - 13“ in Vaihingen an der Enz (Planbereich 1.5) Stadtteil Aurich nichts einzuwenden. Derzeit stehen keine Planungen oder sonstigen Maßnahmen der Stadt Oberriexingen an, die für das oben genannte Verfahren der Stadt Vaihingen bedeutsam sein könnten.	Kenntnisnahme
9. Polizeidirektion Ludwigsburg	-
10. Bürgermeisteramt Eberdingen	-
11. Bürgermeisteramt Sersheim	-
12. Bodensee-Wasserversorgung	-
13. Deutsche Post Bauen GmbH	-
14. EnBW	-
15. Unitymedia (Vodafone)	-
16. Sparkasseninformationstechnologie	-
17. Verkehrsgesellschaft Pforzheim-Enzkreis	-
18. Omnibus Ruoff GmbH, Hemmingen	-
19. Handwerkskammer Ludwigsburg	-
20. Kreishandwerkerschaft Ludwigsburg	-

II. BETEILIGUNG DER ÖFFENTLICHKEIT (BÜRGER)	
STELLUNGNAHMEN BÜRGER	STELLUNGNAHMEN DER VERWALTUNG BESCHLUSSVORSCHLAG
	Berücksichtigen, Kenntnisnahme, nicht berücksichtigen
1. Firma Metallbau-/Schlossereibetrieb GmbH, Dieselstraße, 21.01.2021	

<p>Aufgrund der vorgesehen Bebauung der Dieselstrasse 9-13, in Vaihingen/Enz-Aurich, möchten wir uns heute nochmal dazu äußern. <i>Wir</i>, Eigentümer des Gewerbegrundstücks und der Metallbau GmbH, Dieselstrasse 17, in Vaihingen/Enz-Aurich.</p> <p>Gemeinsam mit der Wohnbau Oberriexingen GmbH, wurde auf unserem Grundstück eine schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Dieselstrasse 9-13 in Vaihingen/Enz-Aurich durchgeführt.</p> <p>Laut dem uns vorliegenden Lärmschutzgutachten liegt der gemessene Immissionsrichtwert im Grenzbereich der zugelassenen Höchstwerte.</p> <p>Wir möchten nun von ihnen, aufgrund des grenzwürdigen Ergebnisses des Gutachtens eine Stellungnahme bezüglich unseres Metallbau/Schlosserei-Betriebs. Wir sind nicht generell gegen die Bebauung mit Wohnungen, in der Dieselstrasse 9-13, aber wir haben natürlich Bedenken aufgrund des Gutachtens und der nahen Bebauung an unserer Grundstücksgrenze dass es, wenn die Häuser bewohnt sind, mit den Eigentümern zu Konflikten kommt.</p> <p>Wir möchten natürlich keine Einschränkungen im Nachhinein, durch die Wohnbebauung der Dieselstrasse 9-13, für unseren Metallbau Betrieb.</p> <p>Wie sehen sie die Bedenken unsererseits?</p> <p>Wir wollen nochmals darauf hinweisen, dass wir nicht gegen die Bebauung sind. Aber wir wollen im Voraus ausschließen, dass es später zu Problemen kommt.</p> <p>Über ihre Antwort auf unser Anliegen würden wir uns freuen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>In der schalltechnischen Untersuchung wurden maximale Emissionen (Maximalfall: lärmintensive Tätigkeiten von 6 – 22 Uhr) der Firma <i>Metallbau-/ Schlossereibetrieb</i> betrachtet. Dementsprechend wurden auch Lärmschutzmaßnahmen für diesen Maximalfall konzipiert. Da im Regelfall auch Tätigkeiten außerhalb des Betriebsgeländes durchgeführt werden und die Arbeitszeit nicht den gesamten Zeitbereich tags, von 16 Stunden umfasst, liegen die Ergebnisse auf der sicheren Seite.</p> <p>Aufgrund der Maximalbetrachtung ist nicht anzunehmen, dass etwaige Beschwerden von Anwohnern begründet sind.</p> <p>Nur begründete Beschwerden können zu Einschränkungen führen.</p>
<p>2. Firma ASP Tech GmbH & Co. KG, Dieselstr. 19, 26.01.2021</p> <p>Bzgl. der oben genannten geplanten Bebauung habe ich durch einen zufälligen Besuch des Gewerbeaufsichtsamts Kenntnis erhalten.</p> <p>Auf Nachfrage bei meinem Vermieter konnte er mir auch keine wesentlichen Informationen geben.</p> <p>Heute hatte ich ein Telefonat mit Frau Eberle. Frau Eberle war auch nicht bekannt, dass wir, die Firma ASP Tech, als Mieter des Objekts Dieselstr. 19 mit Flst. Nr. 2355/2 direkter Angrenzer an das Grundstück mit der geplanten Bebauung sind.</p> <p>Dies war auch dem Gewerbeaufsichtsamt neu.</p> <p>Mittlerweile habe ich erfahren, dass bei Fa. <i>Metallbau-/ Schlossereibetrieb</i> bereits Lärmschutzmaßnahmen umgesetzt wurden.</p> <p>Ich kann nicht nachvollziehen, aus welchem Grund mit einem Metallbau Unternehmen mit 2 Mitarbeitern Lärmschutzmaßnahmen ausgearbeitet und umgesetzt werden, und mit uns als produzierender Industriebetrieb mit 12 Mitarbeitern nicht einmal Kontakt aufgenommen wird.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>Sollte die Bebauung dort ohne wesentliche Schallschutzmaßnahmen erfolgen, weitere Immissionsthemen wie Geruchsbelästigungen bei Lackierarbeiten</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Die Firma ASP Tech GmbH & Co. KG liegt im Plangebiet des rechtskräftigen Bebauungs-</p>

<p>noch gar nicht berücksichtigt, sind die Beschwerden und Klagen mit Ansage vorprogrammiert!</p> <p>Wenn im Sommer die Bewohner, von anscheinend 26 Wohneinheiten, freitags zum Feierabend auf dem Balkon sitzen, und bei uns die großen Promotion LKW's rangiert und auf- sowie abgebaut werden, wird dies definitiv zu Problemen führen, die Anwohner werden sich belästigt fühlen und dies zu recht!</p> <p>Wenn nachts bei uns die Fahrzeuge von Ihren Einsätzen zurückkommen und rückwärts einparken, einige sogar mit Warnton, werden die nächsten Beschwerden auftreten. Die Klagen werden folgen!</p>	<p>plans „Frühmessfurche 1. Änderung“.</p> <p>Gemäß der Festsetzungen im Bebauungsplan „Frühmessfurche 1. Änderung“ ist die zulässige Nutzung eingeschränktes Gewerbe (GEe). Dementsprechend sind nur solche Lärmeinwirkungen durch Gewerbelärm zulässig, die die Immissionsrichtwerte der TA-Lärm für Mischgebiete nicht überschreiten.</p> <p>In den baurechtlichen Auflagen zur Baugenehmigung Dieselstr. 19 (1979), die auch für Rechtsnachfolger gelten, sind die Immissionsrichtwerte explizit geregelt, entsprechend der TA-Lärm.</p> <p>Bereits diese Festsetzung eingeschränktes Gewerbe (GEe) steht erfahrungsgemäß den intensiven Tätigkeiten der Firma ASP Fahrzeugbau, insbesondere im Zeitbereich nachts entgegen.</p> <p>Gemäß aktueller schriftlicher Angaben der Firma ASP an die Verwaltung vom Dezember 2021, liegen die Betriebszeiten zwischen 6 und 22 Uhr. Nachts finden keine Betriebstätigkeiten statt.</p> <p>Angesichts dieser Situation ist bei einer ordnungsgemäßen Nutzung des Betriebsgeländes durch die Firma ASP Tech GmbH & Co. KG nicht von unzumutbaren Lärmeinwirkungen im geplanten Wohngebiet auszugehen.</p> <p>Hinsichtlich der genannten Lackierarbeiten sind in den Baugenehmigungen Dieselstr. 19 (1979,1994) Auflagen getroffen worden. U.a. ist aufgeführt, dass luftbelastende, insbesondere gesundheitsgefährliche Gase, Dämpfe und Stäube an der Entstehungsstelle so zu erfassen und abzuführen sind, dass sie im Betrieb und der Nachbarschaft zu keiner Belästigung führen. Bei Einhaltung der Auflagen in der Baugenehmigung kann es zu keiner Beeinträchtigung im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes kommen.</p> <p>Gemäß aktueller schriftlicher Angaben der Firma ASP an die Verwaltung vom Dezember 2021, erfolgen die Lackierarbeiten im Rahmen der Vorgaben der Baugenehmigung.</p>
<p>Des Weiteren stellt sich mir die Frage, wie die Ab- bzw. Oberflächenwasser Problematik hier in der Dieselstraße gelöst wird. Aktuell steht bereits jetzt bei Starkregen auf unserer Hoffläche teilweise 10 cm hoch das Wasser, welches der Kanal in der Dieselstrasse nicht mehr aufnehmen kann. Kommt von oben weiteres Wasser hinzu, wird dies zu einem Anstieg des Wasserspiegels in unserem Hofraum führen und folglich ins Gebäude fließen! Hier könnten wir Hochwasserschutzwände wie am Gerätehaus im Tal anbringen ...</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Gemäß der Beurteilung des städtischen Tiefbauamts ist die öffentliche Kanalisation in Aurich, im betroffenen Bereich der Dieselstraße, nach den rechtlichen und technischen Regeln ausreichend dimensioniert.</p> <p>Laut Regelwerken sind Kanäle für bestimmte Regenergebnisse und Häufigkeiten dimensioniert. Dabei wird von einer bestimmten Versagenshäufigkeit ausgegangen, d.h. dass seltene bzw. stärkere Regenergebnisse durchaus zu einer Netzüberlastung führen und damit</p>

	<p>zum Überstau und schlimmstenfalls zur Überflutung.</p> <p>Kanäle können aus wirtschaftlichen Gründen nicht so dimensioniert werden, dass sie auch das stärkste bzw. seltenste Regenereignis ableiten können, da sie dann für den Alltag und ihren eigentlichen Zweck völlig überdimensioniert wären.</p>
<p>Als letztes sollte die Parksituation geklärt werden. Bereits jetzt kommt es immer wieder zu gefährlichen Begegnungen im Kurvenbereich der Dieselstraße in der Nähe des geplanten Bauobjektes, da beinahe durchgängig eine Seite der Fahrbahn durch geparkte Fahrzeuge blockiert ist. Am Wochenende wird oft unser Parkplatz von Besuchern und Anwohnern genutzt. Wie ich erfahren habe, sind nur 7 Besucherparkplätze geplant, dies wird die Situation weiter verschärfen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Verwaltung sind keine auffälligen Verkehrssituationen oder Verkehrsprobleme in der Dieselstraße bekannt. Diesbezügliche Beschwerden liegen nicht vor. Auch der Polizei sind keine Konflikte oder gar Unfälle bekannt.</p>
<p>Bitte verstehen sie mich nicht falsch, aber es sollten vorab einige Themen gelöst werden.</p> <p>Im Nachhinein werden wir die Leidtragenden sein, und es wird dazu führen, dass wir die Fa. ASP Tech mit bis dahin ca. 20 Mitarbeitern, wie auch die CKS Transporte, ebenfalls Mieter in diesem Objekt, Aurich verlassen wird.</p> <p>Dies ist hoffentlich nicht das Ziel, da wir uns bislang sehr wohlfühlen, und auch ständig in das Objekt investieren. Aktuell wird z.B. eine Holzpellets Heizung und eine Gebäudeautomation eingebaut.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>3. Eigentümer Gewerbegrundstück Dieselstr. 19</p>	
<p>3.1 Schreiben 1, 05.03.2021</p> <p>Wir haben als Eigentümer des Grundstücks Dieselstraße 19, 71665 Vaihingen/Enz, Flst. Nr. 2355/2 erhebliche Bedenken zu Ihrem Entwurf des Bebauungsplans in der nun öffentlich ausgelegten Form. Der ausliegende Bebauungsplanentwurf wird von uns aus folgenden Gründen beanstandet:</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>1. Unser Flst. Nr. 2355/2 grenzt unmittelbar an den Geltungsbereich des Bebauungsplans an. Soweit im zeichnerischen Teil des ausgelegten Entwurfs die Flst. Nr. 2355/1 vermerkt ist, ist die Flst. Nr. auf dem falschen Grundstück abgedruckt. Tatsächlich handelt es sich bei dem Flst. Nr. 2355/1 um das südlich der Bezeichnung liegende Grundstück und unser Flst. Nr. 2355/2 umschließt das Flst. Nr. 2355/1 in „L-Form“.</p> <p>Es ist deshalb auch falsch, dass der Geltungsbereich des Bebauungsplans im Osten durch die Flst. Nrn. 2355, 2355/1 und 2355/5 umgrenzt wird (so der Verfahrensvermerk auf dem zeichnerischen Teil des Bebauungsplanentwurfs).</p> <p>Nochmals: Unser Grundstück grenzt unmittelbar (im nördlichen Bereich) an den Geltungsbereich des Bebauungsplanes an. Im Lageplan, den wir als Anlage diesem Schreiben beifügen, kann dies zweifelsfrei nachvollzogen werden (<i>Anmerkung Verwaltung: Lage-</i></p>	<p>Berücksichtigen</p> <p>Die bei der zeichnerischen Bearbeitung versehentlich erfolgte Verschiebung der Flurstücksnummer wird korrigiert und die damit zusammenhängende unvollständige Benennung der Flurstücke wird ergänzt.</p>

<p>plan ist als Anhang 3.1 den Stellungnahmen beige-fügt).</p>	
<p>2. Auf unserem Flst. Nr. 2355/2 befindet sich eine Gewerbeimmobilie, die von der CKS Transporte GmbH sowie der ASP Tech GmbH & Co. KG angemietet ist. Die Firma CKS wartet Aufzüge, indem diese die notwendigen Gewichte für die Eichung zur Verfügung stellt. Diese Firma nutzt auch den Freiplatz zwischen der Gewerbehalle und dem Geltungsbereich des Bebauungsplans. Die ASP Tech nutzt den größeren Teil der Gewerbehalle und beschäftigt sich mit Spezialaufbauten für Lastkraftwagen und Anhänger. Dies bedeutet, dass auch mal ein 30 Tonner-LKW umgebaut oder aufgebaut wird und entsprechend erheblich rangiert werden muss, da das Grundstück doch relativ eng und auch die Einfahrt in die Halle schwierig ist. Im Sommer wird meist mit offenen Toren der Gewerbehalle bzw. im Freien gearbeitet. Beide Firmen beschäftigen insgesamt ca. 30 Mitarbeiter. Speziell die Firma ASP Tech arbeitet je nach Auftrag im 3-Schicht-Betrieb, da diese Terminarbeiten hat und auch beim Kunden vor Ort über Nacht arbeiten muss.</p>	<p>Kenntnisnahme Das Grundstück 2355/2 und somit die beiden Betriebe liegen im Plangebiet des Bebauungsplans „Frühmessfurche 1. Änderung“. Festgesetzt ist gemäß Bebauungsplan eingeschränktes Gewerbe (GEe). Im GEe sind nur „das Wohnen nicht wesentlich störende“ Betriebe im Sinne des § 6 (1) zulässig. Das bedeutet, dass die Immissionsrichtwerte der TA-Lärm für Mischgebiete (60 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts gemäß DIN 18005 Teil 1 Beiblatt 1) nicht überschritten werden dürfen. Bereits diese Festsetzung steht erfahrungsgemäß intensiven Tätigkeiten der Firma ASP Tech, insbesondere im Zeitbereich nachts entgegen. Gemäß aktueller schriftlicher Angaben der Firma ASP an die Verwaltung vom Dezember 2021, liegen die Betriebszeiten zwischen 6 und 22 Uhr. Nachts finden keine Betriebstätigkeiten statt.</p>
<p>3. Der Entwurf der Stadt Vaihingen beruht daher auf falschen Tatsachen. Die Stadt Vaihingen zieht aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 3 Abs. 1 BGB) u. a. folgende Schlüsse: <i>„ Von den in östlicher Richtung gelegenen drei Betrieben werden noch zwei am Standort Dieselstraße betrieben. Diese sind ein ca. 12 m entfernt liegender metallverarbeitender Betrieb und eine 100 m östlich liegende Kfz-Werkstatt. Zwischen beiden Betrieben befindet sich eine große Betriebshalle, in der bis vor ca. 10 Jahren Materialien für die Bauindustrie hergestellt (Maschine, Werkzeuge im Zusammenhang mit Fußbodentechnik) und eine Lackieranlage betrieben wurde. Diese Nutzungen sind zwischenzeitlich aufgegeben worden. Die Nachnutzer-Firmen sind hinsichtlich Immissionen unauffällig. Immissionsbeschwerden aus dem gegenüberliegenden Wohngebiet (südlich der Dieselstraße) zu den gewerblichen Nachnutzern sind der Verwaltung nicht bekannt. "</i> <i>„Schalltechnische Untersuchungen wurden durchgeführt (Büro ISIS Ingenieurbüro für Schallschutz, Riedlingen). Ermittelt und beurteilt wurden die Lärmeinwirkungen der bestehenden gewerblichen Nutzungen in der Dieselstraße und des Straßenverkehrs der K1649 (August 2018). Des Weiteren wurden Schallschutzmaßnahmen zur Reduzierung des Gewerbelärms aufgezeigt (April 2019). Zwischenzeitlich wurden lärm-mindernde Maßnahmen beim benachbarten metallverarbeitenden Betrieb durchgeführt. Danach erfolgten erneute Messungen (28.08.2020), die aufzeigen, dass mit den durchgeführten Maßnahmen das Konfliktpotenzial zwischen Wohnen und Gewerbe soweit minimiert werden kann, dass die aus schalltechnischer</i></p>	<p>Kenntnisnahme</p>

<p><i>Sicht erhobenen Bedenken gegenüber der Ansiedlung der Wohnbebauung ausgeräumt werden können. "</i></p> <p>Ebenso wird in der Begründung gem. § 2a BauGB unter Ziff. 3 u. a. ausgeführt:</p> <p><i>„westlich davon befinden sich mehrere 2-geschossige Mehrfamilienhäuser (2 Vollgeschosse + Staffelgeschoss) mit Flachdächern und östlich davon das Gewerbegebiet einer Schlosserei sowie wohngenutzte Gebäude.“</i></p> <p>Unter Ziff. 3.1 der Begründung wird u. a. ausgeführt:</p> <p><i>„Durch die Nutzungsänderung der bestehenden Gewerbefläche (GEe) in eine wohngenutzte Fläche (WA) entsteht ein Konfliktpotenzial bzgl. der gewerblichen Lärmentwicklung des bestehenden Schlossereibetriebes in der Dieselstraße 17.“</i></p>	
<p>Unser Grundstück bzw. die Gewerbeimmobilie mit den beiden Mietern wird nicht berücksichtigt.</p> <p>Die „große Betriebshalle“ von der die Rede ist, wird sehr wohl genutzt (s. o.). Insbesondere wird auch heute noch die Lackieranlage betrieben. Die Firma ASP Tech nutzt die Lackieranlage regelmäßig für das Lackieren von Fahrzeugteilen. Es kann daher gerade nicht davon ausgegangen werden, dass die Bedenken des Landratsamtes, der Handwerkskammer Stuttgart und der Industrie- und Handelskammer aus der frühzeitigen Beteiligung als beseitigt betrachtet werden können.</p> <p>Soweit das Landratsamt Ludwigsburg, Fachbereich Immissionsschutz, in der nun gut 10 Jahre zurückliegenden frühzeitigen Beteiligung auf den Bestandschutz des östlich angrenzenden Gewerbes hingewiesen und Lärm-, Geruchs- und Lichtimmissionsuntersuchungen gefordert hat, die Handwerkskammer Stuttgart Bedenken gegenüber der Änderung des angestrebten Gewerbegebiets in ein allgemeines Wohngebiet vorgetragen (hierdurch würden angrenzende Firmen in ihrer Betriebsführung eingeschränkt) und die Industrie- und Handelskammer ebenfalls auf mögliche Immissionskonflikte beim nebeneinander von Wohnen und Gewerbe hingewiesen hat, ist dies uneingeschränkt weiterhin von Aktualität. Diese Stellungnahmen sind gerade nicht überholt.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Bei mehreren Ortsbesichtigungen und Ortsterminen wurden vom Verfasser der Lärmuntersuchungen, Büro ISIS, keine signifikanten Lärmeinwirkungen durch die Firmen wahrgenommen.</p> <p>Gemäß aktueller schriftlicher Angaben der Firma ASP an die Verwaltung vom Dezember 2021, erfolgen die Lackierarbeiten im Rahmen der Vorgaben der Baugenehmigung.</p> <p>Demgemäß sind luftbelastende, insbesondere gesundheitsgefährliche Gase, Dämpfe und Stäube an der Entstehungsstelle so zu erfassen und abzuführen sind, dass sie im Betrieb und der Nachbarschaft zu keiner Belästigung führen. Daher ist bei Einhaltung der Immissionsrichtwerte und der Auflagen in den Baugenehmigungen nicht von Beeinträchtigungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes auszugehen.</p> <p>Des Weiteren liegen der Verwaltung zu Dieselstraße 19 keine Hinweise oder Beschwerden zu Lärm-, Geruchs- oder Lichtbelästigungen vor.</p> <p>Das Grundstück 2355/2 und somit die beiden Betriebe liegen im Plangebiet des Bebauungsplans „Frühmessfurche 1. Änderung“.</p> <p>Wie bereits zuvor erwähnt, ist im Bebauungsplan als zulässige Nutzung eingeschränktes Gewerbe (GEe) festgesetzt. Im GEe sind nur „das Wohnen nicht wesentlich störende“ Betriebe im Sinne des § 6 (1) zulässig.</p> <p>Bei ordnungsgemäßer Nutzung des Grundstücks ist nicht von Konflikten auszugehen.</p>
<p>4. Das Plangebiet liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplans „Frühmessfurche 1. Änderung“. Die festgesetzte Nutzung ist eingeschränktes Gewerbegebiet. Im Flächennutzungsplan ist das Plangebiet als gemischte Baufläche ausgewiesen. Soweit nun angedacht ist, den westlichen Teil des Areals, der derzeit im Wesentlichen unbebaut ist, einer Wohnbebauung (allgemeines Wohngebiet) zuzuführen, so ist zu berück-</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der maßgebliche Bebauungsplan „Frühmessfurche 1. Änderung“ setzt eingeschränktes Gewerbe fest.</p> <p>Betriebsanpassungen an geänderte Marktbefürfnisse sind nicht Gegenstand des Bestandsschutzes. Bestandsschutz besteht nur im Rahmen der Baugenehmigung und den</p>

<p>sichtigen, dass die ansässigen Gewerbebetriebe Bestandschutz genießen. Hierzu zählt auch, dass sich die vorhandenen Betriebe an geänderte Marktbedürfnisse anpassen können. Die Betriebe haben sich in einem Gewerbegebiet niedergelassen, um ohne Einschränkungen auch langfristig ihr Gewerbe betreiben und ggfls. auch erweitern zu können.</p> <p>Dieser Bestandschutz darf nicht durch eine unmittelbar an das Gewerbegebiet herangeführte Wohnbebauung beeinträchtigt werden. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die durch das Gewerbe verursachten Lärmimmissionen problematisch.</p>	<p>rechtlichen Regelungen des bestehenden Planungsrechts. Änderungen der Nutzungsfunktion, z.B. wesentliche Nutzungsintensivierung, fallen nicht mehr unter den Bestandschutz.</p> <p>Daher muss an dieser Stelle nachdrücklich darauf hingewiesen werden, dass der Nutzungsfestsetzung eingeschränktes Gewerbe, im maßgebliche Bebauungsplan „Frühmessfurche 1. Änderung“, der Wunsch nach einem Betreiben des Gewerbes ohne Einschränkungen entgegensteht.</p>
<p>Es muss sichergestellt sein, dass beim Betrieb aller im Gewerbegebiet ansässigen Betriebe die Immissionsrichtwerte eines allgemeinen Wohngebiets von tags 55 dB(A) und nachts 40 dB(A) im Plangebiet eingehalten werden.</p> <p>Dieser Nachweis wurde durch die schalltechnische Untersuchung des Büros ISIS nun zwar für den Schlossereibetrieb Dieselstraße 17 (Fist. Nr. 2355/1) erbracht, nicht jedoch für unser Grundstück.</p> <p>Unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Konfliktbewältigung in der Bauleitplanung ist eine weitere bzw. ergänzende Untersuchung für unser Grundstück (Fist. Nr. 2355/2) mit den beiden Gewerbebetrieben notwendig. Es muss der Nachweis erbracht werden, dass die Immissionsrichtwerte im Plangebiet eingehalten werden. Anderenfalls bewältigt der vorliegende Bebauungsplan nicht alle ihm anzurechnenden Konflikte. Die bei der Planung auftretenden Interessenkonflikte dürfen nicht einfach unbewältigt bleiben.</p> <p>Aus der durchgeführten schalltechnischen Untersuchung kann gerade nicht gefolgert werden, dass keine Konflikte zwischen bestehendem Gewerbe und der Ansiedlung von Wohnbebauung bestehen, da allein ein Gewerbebetrieb, der metallverarbeitende Betrieb, in der Untersuchung berücksichtigt wurde.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Schlossereibetrieb ist unter den in der schalltechnischen Untersuchung beschriebenen Bedingungen (Maximalfall: lärmintensive Tätigkeiten von 6-22 Uhr) pegelbestimmend für das geplante Wohngebiet Dieselstraße 9 – 13.</p> <p>Bei mehreren Ortsterminen, Besichtigungen und Begehungen wurden vom Verfasser des Lärmgutachtens, Büro ISIS, keine signifikanten Lärmeinwirkungen durch die Gewerbebetriebe auf Flst. Nr. 2355/2 wahrgenommen. Gemäß der Festsetzungen im Bebauungsplan „Frühmessfurche 1. Änderung“ ist die zulässige Nutzung eingeschränktes Gewerbe (GEE). Dementsprechend sind nur solche Lärmeinwirkungen durch Gewerbelärm zulässig, die die Immissionsrichtwerte der TA-Lärm für Mischgebiete nicht überschreiten.</p> <p>Wie der schalltechnischen Untersuchung zu entnehmen ist, sind nach den erfolgten schalldämmenden Maßnahmen beim metallverarbeitenden Betrieb die Immissionsrichtwerte eingehalten.</p>
<p>Abgesehen davon erfolgte die Untersuchung im Auftrag der zukünftigen Bauherrin, welche zur Ausarbeitung der Untersuchung einen Lageplan, die Entwürfe der geplanten Baufenster und der vorgesehenen Baukörper ausgehändigt bzw. überlassen hat. Der Auftragsumfang bzw. der Untersuchungsumfang wurden daher durch die zukünftige Bauherrin festgelegt.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Die durchgeführten schalltechnischen Untersuchungen wurden von der Verwaltung gefordert und der Untersuchungsumfang wurde zwischen dem durchführenden Büro ISIS und der Verwaltung abgestimmt.</p>
<p>Da bereits heute bekannt ist (Überbauungskonzept der Wohnbau Oberriexingen GmbH vom 19.08.2020), dass das Plangebiet „intensiv bebaut werden soll“ (drei Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 26 Wohneinheiten und 40 Tiefgaragenstellplätzen sowie 7 Besucherstellplätzen an der Dieselstraße) gehen wir von einer Vielzahl an Immissionsbeschwerden aus der Nachbarschaft aus, sollte der Bebauungsplan tatsächlich in der vorliegenden Form als Satzung beschlossen werden. Die EFH der geplanten drei Mehrfamilienhäuser wird etwa auf der Höhe der Firste der Gewerbeimmobilien in der östlichen Nachbarschaft liegen (272,85 m.ü.NN bis 273,60 m.ü.NN). Alle drei Mehrfamilienhäuser wer-</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Nur begründete Beschwerden können in der Konsequenz zu Einschränkungen führen. Begründete Beschwerden sind nur bei nicht genehmigungskonformer Betriebsführung anzunehmen.</p> <p>Insofern ist es im Interesse des Gewerbetreibenden sich genehmigungskonform zu verhalten, unabhängig davon, ob Einfamilien- oder Mehrfamilienhäuser und ob einsehbar oder nicht.</p> <p>Die Firma ASP Tech führt in ihren Angaben gegenüber der Verwaltung vom Dezember</p>

<p>den daher deutlich über den Gewerbebetrieben „thronen“ (deren EFH liegt bei rund 268,00 m.ü.NN). Dieser Umstand, die Bewohner schauen auf die Betriebe und die dortigen Aktivitäten, wird aus unserer Sicht dafür sorgen, dass die Nachbarschaft im besonderen Maße auf die Einhaltung der Immissionsrichtwerte sowie die Durchführung von Arbeiten auf den Gewerbegrundstücken achten wird.</p>	<p>2021 zu gewerblichen Anlagen auf, dass im Betrieb keine Einwirkungen durch Lärm auf Beschäftigte oder Nachbarn zu erwarten sind.</p>
<p>5. Die schalltechnische Untersuchung des Büros ISIS führt auf Seite 3 richtigerweise aus, dass der Planbereich bzw. das dortige Quartier derzeit als Puffer zwischen der Wohnnutzung im Westen und der gewerblichen Nutzung im östlich angrenzenden Gewerbegebiet dient. Ebenso wird richtigerweise aufgeführt, dass durch die Neuansiedlung von Wohnbebauung ein Konfliktpotenzial entsteht.</p> <p>Die schalltechnische Untersuchung und der Textteil des ausgelegten Entwurfs stimmen aber nicht überein. Während auf den Seiten 18 und 19 der schalltechnischen Untersuchung folgendes ausgeführt wird:</p> <p><i>„Zur Konfliktvermeidung sind an den Gebäudeseiten mit Überschreitung der Richtwerte (Ostseiten) folgende Lärmschutzmaßnahmen erforderlich:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Grundrissgestaltung mit Orientierung von Wohn- und Schlafräumen bzw. deren offenbare Fenster an die gering belasteten Gebäudeseiten, (Hinweis: offenbare Fenster von anderen Räumen, die keine Wohn- und Schlafräume sind, wie z. B. Flur, WC, Bad, Abstellraum, können auch auf den Fassadenabschnitten mit Überschreitungen angeordnet werden).</i> - <i>festverglaste Fenster von Wohn- und Schlafräumen an den Fassadenabschnitten mit Überschreitungen gegebenenfalls in Kombination mit fensterunabhängigen Lüftungseinrichtungen (Anforderungen an Fenster+Lüftung: Schallschutzklasse 2 nach VDI 2719)“</i> <p>Demgegenüber wird im Textteil des Entwurfs unter Ziff. 1.8 u. a. folgendes ausgeführt:</p> <p><i>„Innerhalb des im Plan gekennzeichneten Bereiches an der nördlichen Baugrenze ist aufgrund der Lärmbelastung der K1649 ein ausreichender Schallschutz für alle Geschosse im Baugenehmigungsverfahren nachzuweisen.</i></p> <p><u><i>Erforderliche Lärmschutzmaßnahmen sind:</i></u></p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Eine Grundrissgestaltung mit Orientierung von Wohn- und Schlafräumen bzw. deren offenbare Fenster an die gering belasteten Gebäudeseiten;</i> - <i>Für schutzbedürftige Wohnräume, insbesondere Schlaf- und Kinderzimmer werden schalldämmende, fensterunabhängige Lüftungseinrichtungen empfohlen (Schallschutzklasse 2 nach VDI 2719)“</i> <p>Während in der schalltechnischen Untersuchung von der Ostseite die Rede ist, so wird im Textteil des Bauungsplanentwurfs von der Nordseite gesprochen. Die schalltechnische Untersuchung legt die Einhaltung von 60 dB(A) tags als zu erreichenden Zielwert zugrunde. Dabei handelt es sich bei 60 dB(A) tags um</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Die schalltechnischen Untersuchungen bestehen insgesamt aus den 3 Teilen.</p> <p>Die gegenüberliegend, unter 5. aufgeführten Zitate entstammen der schalltechnischen Untersuchung vom August 2018. Diese Untersuchung erfolgte vor der Durchführung lärmreduzierender Maßnahmen beim Schlossereibetrieb.</p> <p>Teil 2 der Untersuchungen, (05 April 2019) nennt konkrete Maßnahmen zur Lärmreduzierung.</p> <p>In Teil 3 der schalltechnischen Untersuchungen (28. August 2020) sind die Ergebnisse nach Durchführung lärmreduzierender Maßnahmen dargelegt.</p> <p>Aufgrund der in Teil 3 angeführten Untersuchungsergebnisse erübrigen sich die im schalltechnischen Gutachten August 2018 genannten Schutzmaßnahmen bezüglich des Gewerbelärms wegen der am Betrieb <i>Metallbau/ Schlosserei</i> durchgeführten Lärmschutzmaßnahmen (Einhausung, Dämmung der Abluftkanäle).</p> <p>Deshalb sind in den Festsetzungen nur die Lärmschutzmaßnahmen gegenüber dem Verkehrslärm aufgeführt.</p> <p>Wie bereits zuvor erläutert sind aufgrund der Ergebnisse der Lärmuntersuchung Teil 3 (28. August 2020) nur noch passive Lärmschutzmaßnahmen notwendig.</p> <p>Das gegenüberstehende Zitat entstammt der Lärmuntersuchung Teil 1 (August 20218)</p>

<p>den Immissionsrichtwert für Mischgebiete. Tatsächlich soll auf dem Nachbargrundstück nun ein allgemeines Wohngebiet ausgewiesen werden, dessen Immissionsgrenzwert bei 55 dB(A) tags liegt. Auf Seite 22 der Untersuchung wird richtigerweise ausgeführt:</p> <p><i>„Dies erfordert aufgrund der gegenüber einem Mischgebiet (MI) um 5 dB(A) geringeren Immissionsrichtwerte weitere Lärmschutzmaßnahmen an der geplanten Bebauung.“</i></p>	
<p>6. Aufgrund der Tatsache, dass die Lackieranlage weiterhin in Betrieb ist, kann nicht davon ausgegangen werden, dass keine Anhaltspunkte für Konflikte mit Geruchsimmissionen vorliegen. Es ist, wie vom Landratsamt Ludwigsburg, Fachbereich Immissionsschutz, seinerzeit gefordert, eine Untersuchung der Geruchsimmissionen auf die geplante Wohnbebauung durchzuführen. Ein Nachweis über die Einhaltung der Immissionsrichtwerte der Geruchsimmissionsrichtlinie ist erforderlich.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Die Lackieranlage wurde mit Auflagen genehmigt (1979, 1994). im Vorfeld der Genehmigung fanden seinerzeit Termine mit dem staatlichen Gewerbeaufsichtsamt und dem Bauherren vor Ort statt. Fazit war, dass auf Basis des angegebenen, geringen Lösungsmittelverbrauchs es bei Einhaltung der Baugenehmigungsauflagen zu keiner Beeinträchtigung im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes kommen wird. Gemäß aktueller schriftlicher Angaben der Firma ASP an die Verwaltung vom Dezember 2021, erfolgen die Lackierarbeiten im Rahmen der Vorgaben der Baugenehmigung. Genannt wird auch eine Filteranlage als Schutzmaßnahme. Weitere Nachweise sind daher nicht erforderlich.</p>
<p>7. Während die Interessen der Gewerbetreibenden in dem bisherigen Planverfahren unzureichend berücksichtigt worden sind, wurde sehr stark darauf hingewirkt, dass das Grundstück intensiv bebaut werden kann.</p> <p>Der Bebauungsplanentwurf sieht eine überbaubare Grundstücksfläche nahezu über den gesamten Planbereich vor, was nicht den Grundsätzen genügt, dass mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden soll (vgl. § 1 a Abs. 2 S. 1 BauGB).</p> <p>Insbesondere ist nicht nachvollziehbar, weshalb die östliche Baugrenze erst am östlichen Ende des Planbereichs endet, wenn gerade an dieser Grundstücksseite ein erhebliches Konfliktpotenzial vorhanden ist.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Die geplante überbaubare Fläche entspricht nahezu unverändert der überbaubaren Fläche im rechtskräftigen Bebauungsplan „Frühmessfurche 1. Änderung“ (durchgehendes Bau-fenster).</p> <p>Gerade die Ausnutzung der Bauflächen im Innenbereich bewirkt sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden. Würde die gleiche Anzahl an Wohneinheiten in Form von Einfamilien- und Zweifamilienhäusern realisiert werden, würde ein Vielfaches an Grund und Boden benötigt.</p> <p>Der ursprüngliche Bebauungsplan Frühmessfurche und der rechtskräftige Frühmessfurche 1. Änderung haben ein durchgehendes Bau-fenster. Es gab keine Veranlassung dies im aktuellen Bebauungsplanverfahren (Änderungsverfahren) zu ändern. Maßgebend ist die offene Bauweise, was bedeutet, dass Grenzabstände einzuhalten sind.</p> <p>Der Grenzabstand und die überbaubare Fläche regeln die Bebaubarkeit.</p> <p>Innerhalb dieser Vorgaben ist die Immissionsproblematik zu bewältigen.</p>
<p>Das flächenmäßige Pflanzgebot, das sich die gesamte Dieselstraße entlang zieht, wird im südlichen Planbereich in Folge dieser intensiven Bebauung aufgehoben. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb das flächenmäßi-</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Das genannte Pflanzgebot (Pfg 1) an der Dieselstraße, hat gemäß der Begründung zum Bebauungsplan „Frühmessfurche 1. Ände-</p>

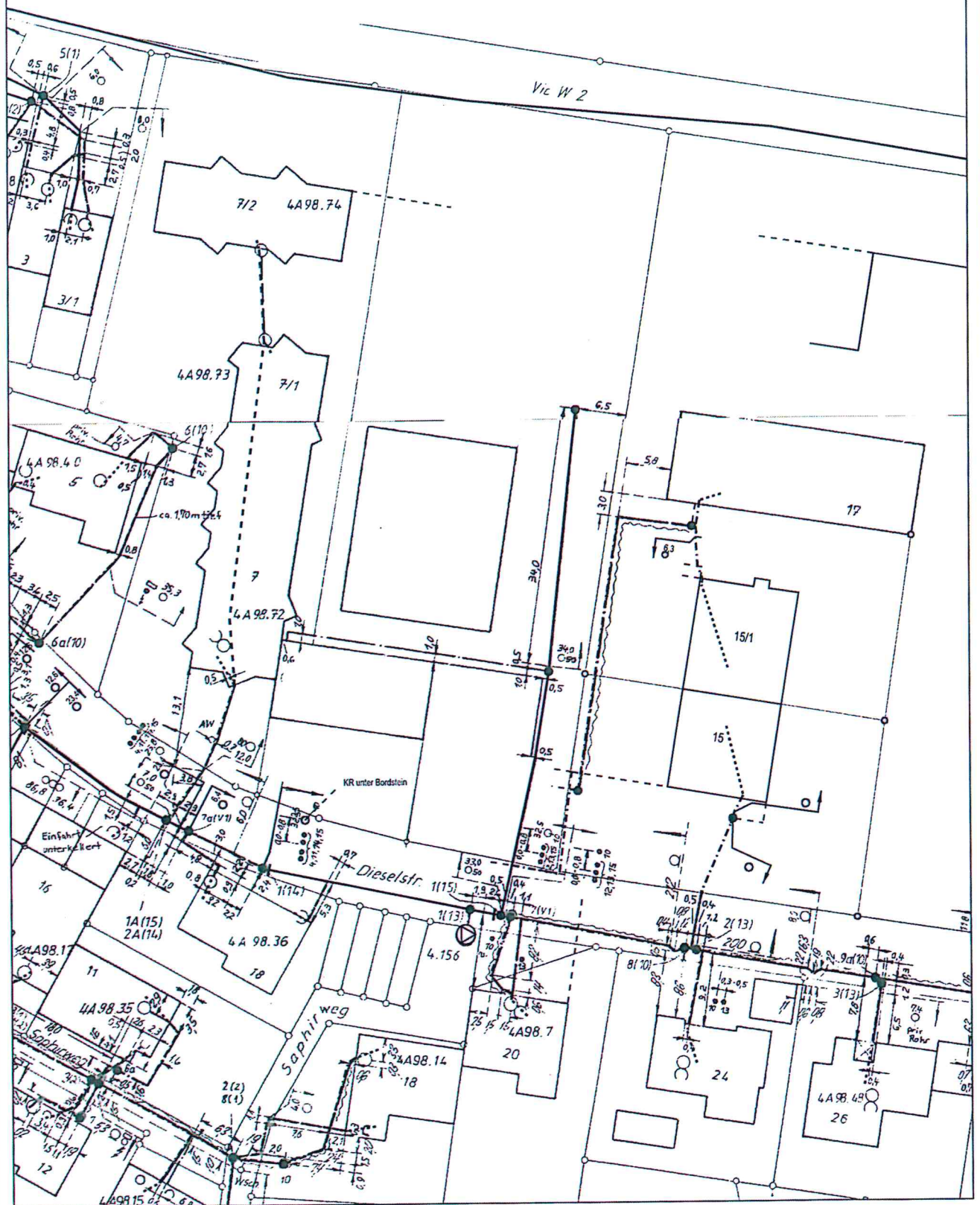
<p>ge Pflanzgebot entlang der Dieselstraße (wohl unter dem Gesichtspunkt die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung zu fördern) auf den Gewerbegrundstücken für erforderlich gehalten wird und im Planbereich darauf verzichten kann.</p>	<p>rung“, eine gliedernde Vorgartenfunktion. Entsprechend der Festsetzung im Bebauungsplan „Frühmessfurche 1. Änderung können 50 % der Pflanzgebotsfläche Pfg 1 für Grundstückszufahrten, Gebäudezugänge u.ä. in Anspruch genommen (versiegelt) werden. Im Bebauungsplanentwurf „Dieselstraße 9 - 13“ wird auf die Festsetzung des flächigen Pflanzgebots verzichtet und stattdessen werden mittels Festsetzung für Einzelbäume und der Festsetzung zur Gestaltung unbebauter Grundstücksflächen Regelungen getroffen, die flächenmäßig der 50 % Regelung entsprechen. Darüber hinaus regeln die in den örtlichen Bauvorschriften getroffen Festsetzungen zur Gestaltung unbebauter Grundstücksflächen u.a., dass Vorgärten (entspricht Pfg 1) mit Ausnahme von Zufahrten, Zugängen, Stellplätzen sowie zulässigen Nebenanlagen als Grün-/Gartenfläche anzulegen und dauerhaft zu unterhalten sind. Des Weiteren sind Stellplätze und private Wege mit wasserdurchlässigen Belägen herzustellen. Angemerkt sei hierzu, dass auf dem Grundstück der Schreiber (Eigentümer Flst. Nr. 2355/2) erheblich mehr als 50 % der Pflanzgebotsfläche versiegelt worden ist.</p>
<p>8. Nach Ziff. 1.9 des Textteils des Entwurfs soll die Entwässerung des Plangebiets über den bestehenden Mischwasserkanal in der Dieselstraße erfolgen. Dieser ist aber bereits heute an seiner Kapazitätsgrenze.</p>	<p>Kenntnisnahme Das Plangebiet Dieselstraße 9 - 13 ist bereits seit 1972 Bauland (Rechtsgrundlage ursprünglich B-Plan „Frühmessfurche“, seit 1995 „Frühmessfurche 1. Änderung“). Demgemäß kann das Plangebiet seit 1972 bis zu 40 % mit Gebäuden bebaut werden. Mit sonstigen Nebenanlagen, Zufahrten, Stellplätzen und Lagerflächen ist eine Versiegelung bis 70 % zulässig. Dies ist bei den Berechnungen zur Entwässerung also bereits einkalkuliert. Durch die festgesetzte Dachbegrünung und die Festsetzung zur Gestaltung unbebauter Grundstücksflächen verbessert sich mit der Planänderung sogar die Situation gegenüber dem bisherigen und jetzigen Stand.</p>
<p>Obwohl sich das Plangebiet und die dortige Nachbarschaft an einem Hochpunkt des Ortsteils Aurich befinden, mussten die Anlieger der Dieselstraße im August 2015 aufgrund eines Starkregenereignisses Überschwemmungen mit entsprechenden Schäden hinnehmen. Ursache hierfür war die mangelnde Leistungsfähigkeit des öffentlichen Abwasserkanals in der Dieselstraße.</p>	<p>Kenntnisnahme Das städtische Tiefbauamt hat die Situation geprüft und wie folgt beurteilt: Die öffentliche Kanalisation in Aurich ist im betroffenen Bereich der Dieselstraße nach rechtlichen und technischen Regeln ausreichend dimensioniert.</p>
<p>Die Stadt Vaihingen realisierte zwischenzeitlich zwar in der Römerstraße einen Bypass zum Gladiolenweg. Es steht jedoch zu befürchten, dass dieser Bypass im Straßenzug unterhalb der Dieselstraße nicht dazu geeignet ist, die Entwässerung bei der angedachten „in-</p>	<p>Kenntnisnahme Die umgesetzte Kanalbaumaßnahme in der Römerstraße hat keinerlei Einfluss oder Bezug zur Kanalisation in der Dieselstraße.</p>

<p>tensiven Bebauung" des Plangebiets geschweige denn die schadlose Ableitung des Oberflächenwassers sicherzustellen. Abgesehen davon wurde der Bypass - nach unserer Kenntnis - insbesondere zur Verbesserung der Situation in der Römerstraße (Parallelstraße unterhalb der Dieselstraße) geschaffen.</p>	
<p>Starkregen ist heute schon ein Problem und wird in der Zukunft noch häufiger auftreten. Das Land hat deshalb einen Leitfaden für Kommunen vorgestellt. Die Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) hat diesen Leitfaden „Kommunales Starkregenrisikomanagement in Baden-Württemberg" im Herbst 2016 den Kommunen zugesandt. Auf 83 Seiten stellt das Land dort den Gemeinden ein einheitliches Verfahren zur Verfügung, um vom Starkregen ausgehende Gefahren und Risiken analysieren und so kommunale Starkregenkarten erstellen zu können. Auf dieser Grundlage können die Städte und Gemeinden Maßnahmen erarbeiten, die mögliche Schäden im Ernstfall vermeiden oder zumindest spürbar verringern. Kommunen, die sich auf den Leitfaden stützen, können vom Land einen Zuschuss von 70 Prozent der Kosten erhalten. Die für kommunale Starkregengefahrenkarten mit nachfolgender Risikoanalyse und darauf aufbauendem Handlungskonzept entstehen. Auch baulichen Maßnahmen, die zum Beispiel einen möglichst schadenfreien Oberflächenwasserabfluss innerhalb des Ortes ermöglichen, werden von der Landesregierung mit bis zu 70 Prozent gefördert. Die Stadt Vaihingen hat im Rahmen des Leitfadens im Februar 2019 die Erstellung eines Starkregenrisikomanagement-Konzeptes für die Kernstadt an die Weber-Ingenieure aus Pforzheim vergeben. Auch die Stadtteile von Vaihingen sollen ein Starkregenrisikomanagement-Konzept erhalten. So jedenfalls die damalige Aussage. Warum dann allerdings die seit August 2015 bekannte Gefährdungslage der Stadt Vaihingen nicht Anlass war, im Rahmen des <u>Bebauungsplanentwurfes „Dieselstraße 9-13"</u> auch für den Stadtteil Aurich ein Starkregenrisikomanagement-Konzept zu beauftragen, ist schlichtweg nicht nachvollziehbar.</p> <p>Dass dieser Gesichtspunkt problematisch und zu klären ist, mag auch die Stadt Vaihingen a. d. Enz erkannt haben, anderenfalls hätte sie nicht im Haushaltsplan für die Erstellung eines Starkregenrisikomanagementkonzeptes für die Stadtteile einen Betrag in Höhe von 25.000,00 € eingestellt. Umso mehr ist aber nicht nachvollziehbar, warum dieses Konzept nicht zunächst einmal erarbeitet wird und man diesen Gesichtspunkt sodann in die Abwägung der privaten sowie der öffentlichen Belange einstellen kann. Die Ausführungen im Entwurf des Bebauungsplans, insbesondere in der Begründung, und der nun eingestellte Haushaltsplanansatz, legen nahe, dass es hier zu einer Abwägungsfehleinschätzung kommen wird. Während im Bebauungsplan suggeriert wird, dass das Thema Entwässerung unproblematisch sei, verdeutlicht der Planansatz</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Laut Regelwerken sind Kanäle für bestimmte Regenereignisse und Häufigkeiten dimensioniert. Dabei wird von einer bestimmten Versagenshäufigkeit ausgegangen, d.h. dass seltene bzw. stärkere Regenereignisse durchaus zu Netzüberlastungen führen und damit zum Überstau und schlimmstenfalls zur Überflutung.</p> <p>Es wäre unwirtschaftlich Kanäle auch für das seltenste Regenereignis auszulegen, da sie dann für den Alltag und ihren eigentlichen Zweck völlig überdimensioniert wären.</p> <p>Sämtliche öffentlichen Kanalisationen sind gemäß den anerkannten Regeln der Technik und den entsprechenden Regelwerken generell nicht auf ein Starkregenereignis wie z.B. in Aurich im Jahr 2015 ausgelegt.</p> <p>Bei der Erstellung von Starkregengefahrenkarten hat die Stadt gemäß Beschluss des Gemeinderats in der Kernstadt begonnen. Für die kommenden Jahre ist die Erstellung weiterer Gefahrenkarten für die Stadtteile geplant.</p> <p>Das Starkregenrisikomanagement zielt insgesamt nicht auf die Kanalisation ab, da bei solchen Starkregenereignissen die Kanalisation eine weit untergeordnete oder gar keine Rolle spielt. Mithilfe von Starkregengefahrenkarten können die Kommunen einschätzen, wo sich Oberflächenwasserabfluss sammelt und wo er abfließt. Es geht hierbei um die oberflächige Ableitung des Regenwassers und um die Erkenntnis, wo in welchen Bereichen Gefahren durch Hochwasser entstehen können und um mögliche Gefahrenabwehr.</p> <p>Aus den Starkregengefahrenkarten ergeben sich daher keine konkreten Anforderungen an die Abwasserbeseitigung bzw. -entsorgung (Kanalisation).</p>

<p>im Haushaltsplan 2021 gegenteiliges. Kurzum: Die Erschließung des Plangebiets ist ohne eine Verbesserung der öffentlichen Abwasserbeseitigung nicht gesichert. Die Ausführungen unter Ziff. 5 der Begründung des Entwurfs, dass die Versorgung mit Strom und Wasser, ebenso wie die Ableitung der Abwässer (Mischwasser, Regenwasser) von der Dieselstraße aus gesichert ist, wird daher beanstandet.</p>	<p>Für die Fläche besteht bereits Baurecht. Mit der Bebauungsplanänderung verbessert sich z.B. durch die Dachbegrünung die Situation beim Thema „Starkregenbelastung“</p>
<p>Um Konflikte zu vermeiden, regen wir an, das Plangebiet weiterhin als eingeschränktes Gewerbegebiet auszuweisen und nicht in ein allgemeines Wohngebiet umzunutzen.</p>	<p>Nicht berücksichtigen</p>
<p>Sofern die Stadt Vaihingen an der Enz ihre derzeitigen Planüberlegungen, trotz der erheblichen Bedenken, weiterverfolgen möchte, so ist in jedem Falle ein Nachweis darüber zu erbringen, dass beim Betrieb <u>aller</u> im eingeschränkten Gewerbegebiet ansässigen Betriebe die Immissionsrichtwerte nach der TA-Lärm sowie der Geruchsimmissionsrichtlinie im Plangebiet eingehalten werden. Das Thema Lärmschutz ist allein durch die bereits erfolgte schalltechnische Untersuchung nicht gelöst.</p>	<p>Kenntnisnahme Bei einer betrieblichen Nutzung entsprechend der Festsetzungen im B-Plan und den Baugenehmigungen samt Auflagen ist nicht von Konflikten auszugehen.</p>
<p>Um die Mitteilung des Ergebnisses der Behandlung unserer Stellungnahme wird gebeten</p>	<p>Kenntnisnahme Die Einwendungen werden den städtischen Gremien, in Zusammenhang mit dem nächsten Verfahrensschritt, dem Satzungsbeschluss, zur Entscheidung vorgelegt. Der Satzungsbeschluss ist der abschließende Entscheidungsschritt. Im Anschluss wird das Ergebnis mitgeteilt.</p>
<p>3.2 Schreiben 2, 07.03.2021 über die Fraktionsvorsitzenden an die Verwaltung,</p> <p>die Wohnbau Oberriexingen wird das Grundstück in der Dieselstraße 9-13 in Vaihingen-Aurich, welches an das Gewerbegebiet grenzt, mit Mehrfamilienhäusern bebauen. In der öffentlichen Sitzung vom Ortschaftsrat Aurich am 01.12.2020 erklärte die Verwaltung, dass diese „ihre Hausaufgaben“ gemacht hätte und der Bau-träger mit dem ansässigen Gewerbebetrieb, aufgrund eines Schallgutachtens, eine Einigung erzielt hätte. Wir sind ebenfalls ein direkter Anlieger an das Grundstück der WO.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>Es wurde jedoch im Bebauungsplan die falsche Flurstücks-Nummer eingetragen und dies haben wir nach der Sitzung im Ortschaftsrat Aurich der Verwaltung mitgeteilt. Warum in der Gemeinderatssitzung vom 16.12.2020 die Beschlussvorlage weiterhin mit dieser falschen Flurstücks-Nummer den Gemeinderäten*innen zur Abstimmung vorgelegt wurde, können wir nicht nachvollziehen. Es wurde somit auf einer falschen Grundlage / Annahme eine Entscheidung getroffen, die so bei Vorliegen aller Fakten nochmals überdacht werden muss.</p>	<p>Kenntnisnahme Die Flurstücksnummer hatte sich bei der Planbearbeitung versehentlich zeichnerisch verschoben. Entscheidungen zum Bebauungsplanentwurf waren hiervon nicht betroffen. Der falsche Eintrag der Flurstücksnummer wird korrigiert. Die Grundzüge der Planung sind davon nicht berührt.</p>
<p>Seltsamer Weise wurden wir jedoch, als unmittelbarer Nachbar, bei dem Bauvorhaben „Schallschutz-</p>	<p>Kenntnisnahme In Zusammenhang mit dem Bauvorhaben</p>

Einhausung“ - Schlosserei - angeschrieben.	„Schallschutzanbau Dieselstr. 17“ wurden sie als Angrenzer gemäß § 55 LBO beteiligt. Dies ist ein regulärer Vorgang.
<p>In der Anlage erhalten Sie unsere Stellungnahme an die Stadtverwaltung, Lagepläne sowie Bilder der Schallschutzmauer in östlicher Seite der Dieselstraße. Für nähere Informationen stehen wir Ihnen gerne unter der Telefon-Nr. ... (geschäftlich) oder ... (privat) zur Verfügung</p> <p><u>Anmerkung Verwaltung:</u> <i>Die oben genannte Anlage ist die Stellungnahme 3.1, Eigentümer Gewerbegrundstück Dieselstraße, Flst.Nr. 2355/2, 05.03.2021.</i> <i>Die zuvor genannten Bilder sind als Anhang 3.2 den Stellungnahmen beigelegt</i></p>	Kenntnisnahme
<p>4. Firma CKS Transporte GmbH, Dieselstr. 19 11.03.2021</p> <p>nachdem unser Betrieb bei den schallschutztechnischen Schutzmaßnahmen nicht berücksichtigt wurde, melden wir hiermit unsere größten Bedenken an. Durch die Wohnbebauung kommt es ohne zusätzliche Maßnahmen unweigerlich zu Konflikten, welches zu verhindern gilt, da wir außerdem auch den Freiplatz zwischen der Gewerbehalle und dem Geltungsbereich nutzen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Betrieb liegt im Plangebiet des Bebauungsplans „Frühmessfurche 1. Änderung“. Festgesetzt ist gemäß Bebauungsplan eingeschränktes Gewerbe (GEE). Im GEE sind nur „das Wohnen nicht wesentlich störende“ Betriebe im Sinne des § 6 (1) zulässig. Das bedeutet, dass die Immissionsrichtwerte der TA-Lärm für Mischgebiete (60 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts gemäß DIN 18005 Teil 1 Beiblatt 1) nicht überschritten werden dürfen. Bei einer betrieblichen Nutzung entsprechend der Festsetzungen im B-Plan und den Baugenehmigungen samt Auflagen ist nicht von Konflikten auszugehen.</p>
<p>Des Weiteren sehen wir durch die Starkregenproblematik ein weiteres Risiko. Der Kanal in der Dieselstraße kann jetzt schon nicht mehr die Wassermassen aufnehmen. Durch die intensive Wohnbebauung verschärft sich diese Situation unweigerlich.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Mit der Bebauungsplanänderung soll ein Baugrundstück, das seit Jahrzehnten gewerblich genutzt werden kann, zukünftig einer Wohnnutzung zugeführt werden. Eine erkennbare Nutzungsintensivierung liegt de facto nicht vor. Durch die festgesetzte Dachbegrünung und die Festsetzung zur Gestaltung unbebauter Grundstücksflächen verbessert sich mit der Planänderung sogar die Situation gegenüber dem bisherigen und jetzigen Stand. Gemäß der Beurteilung des städtischen Tiefbauamts ist die öffentliche Kanalisation in Aurich, im betroffenen Bereich der Dieselstraße, nach den rechtlichen und technischen Regeln ausreichend dimensioniert.</p>
<p>Wir haben in dieser Halle teure Geräte unserer Kunden untergestellt. Bei Überschwemmungen durch eine unterdimensionierte Kanalisation entstehen hohe Kosten. Deshalb fordern wir Sie auf, auch hier Abhilfe zu schaffen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Laut Regelwerken sind Kanäle für bestimmte Regenereignisse und Häufigkeiten dimensioniert. Dabei wird von einer bestimmten Versagenshäufigkeit ausgegangen, d.h. dass seltene bzw. stärkere Regenereignisse durchaus zu einer Netzüberlastung führen und damit zum Überstau und schlimmstenfalls zur Über-</p>

	<p>flutung.</p> <p>Kanäle können aus wirtschaftlichen Gründen nicht so dimensioniert werden, dass sie auch das stärkste bzw. seltenste Regenereignis ableiten können, da sie dann für den Alltag und ihren eigentlichen Zweck völlig überdimensioniert wären.</p>
--	---



AT/Vh-Bez.:		Kein aktiver Auftrag			AT/Vh-Nr.:		Kein aktiver Auftrag				
TI NL		Südwest									
PTI		Heilbronn									
ONB		Vaihingen			AsB				4		
Bemerkung:				VsB		7041A		Sicht		Lageplan	
				Name		Annegret Kilian PT121 Mnh		Maßstab		1:500	
				Datum		01.02.2021		Blatt		1	

Umweltgerechte Beleuchtung und Vermeidung Lichtimmissionen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes

Umweltgerechte Beleuchtung wird nicht allein durch energieeffiziente Leuchtmittel erreicht, es ist auch auf Lichtlenkung, Lichtmenge, Umweltwirkung (Farbtemperatur) und Brenndauer des künstlichen Lichts zu achten. Sinnloser Lichteintrag in die Natur ist nicht nur Energieverschwendung, sondern hat negative Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt (z.B. Insekten, Vögel, Bäume), und auch der Mensch wird durch falsches Licht zur falschen Zeit gesundheitlich beeinträchtigt.

Um schädliche Auswirkungen zu minimieren, werden folgende Anforderungen an jede künstliche Lichtquelle empfohlen (z.B. als Hinweise in Bebauungspläne, bei Grundstücksverkäufen, Ratgebern):

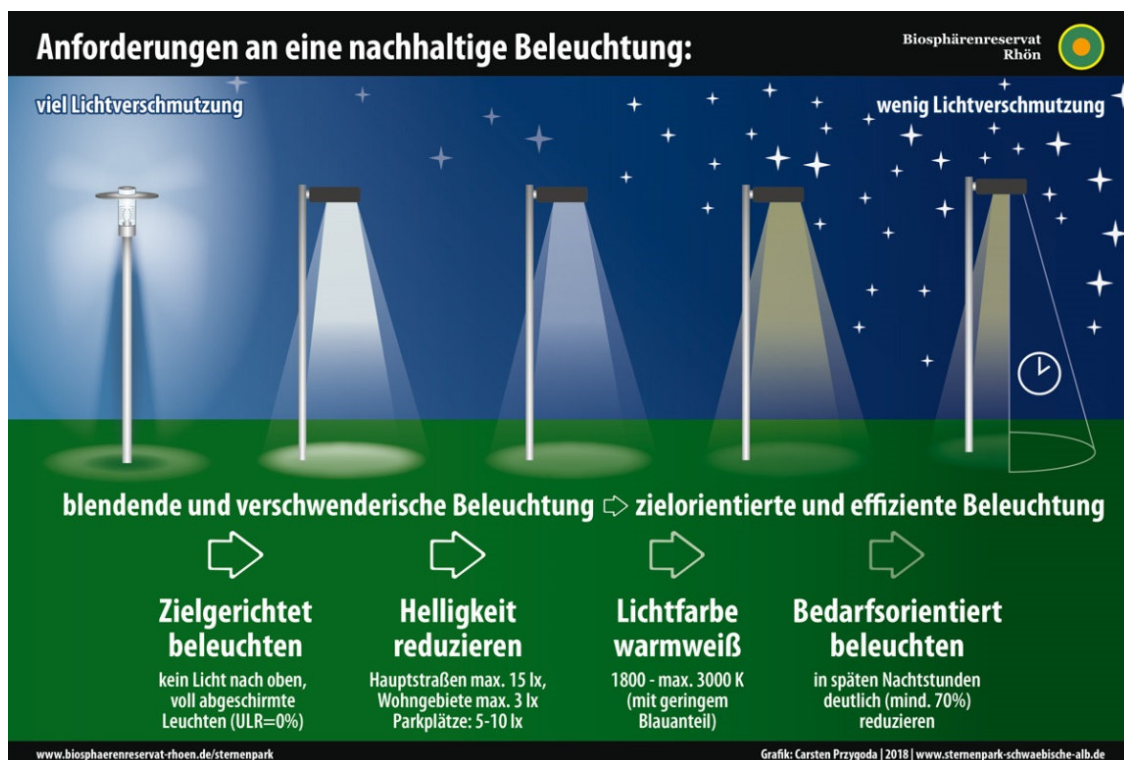
1. Vermeidung heller, weitreichender künstlicher Lichtquellen
2. Lichtlenkung ausschließlich in die Bereiche, die künstlich beleuchtet werden
3. Wahl von Lichtquellen mit für Insekten wirkungsarmem Spektrum
4. Verwendung von vollständig geschlossenen staubdichten Leuchten
5. Begrenzung der Betriebsdauer auf die notwendige Zeit

Details hierzu finden sich in folgender Veröffentlichung von 2019, inkl. Referenzen und weiteren wichtigen Empfehlungen:

Felicia Petersen, Wolfgang Lauer und Dr. Andreas Hänel:
Lichtverschmutzung in der Bauleitplanung und bei Bauvorhaben
IDUR e.V., AG Lichtverschmutzung NABU KV Fulda, Verein Sternenpark Rhön e.V.

<https://idur.de/wp-content/uploads/2019/10/2019-IDUR-Schnellbrief-216g>

Infoportal Beleuchtung: <https://biosphaerenreservat-rhoen.de/sternenpark>



Vogelkollisionen an Glas vermeiden

Der Tod an Scheiben ist heute eines der grössten Vogelschutzprobleme überhaupt. Hunderttausende von Vögeln kommen allein in unserem Land jedes Jahr um, weil sie mit Glas kollidieren. Viele Gebäude könnten vogelfreundlicher gebaut, viele Fallen entschärft werden. Wir zeigen Ihnen, wo Gefahr droht und wie sie beseitigt werden kann. Vogelschutz beginnt an den eigenen vier Wänden – helfen Sie mit!

Vögel und Glas – ein Problem von unterschätzter Dimension

Vögel können Hindernisse in ihren Lebensräumen leicht umfliegen. Aber auf unsichtbare Hindernisse wie Glasscheiben sind sie nicht vorbereitet. Die Gefahr einer Kollision ist heute enorm gross. Nach verschiedenen Untersuchungen ist pro Jahr und Gebäude mit mindestens einem Todesopfer zu rechnen, vermutlich mit wesentlich mehr, denn die Dunkelziffer ist sehr hoch. Oft kommt es selbst an Orten zu Kollisionen, wo man eigentlich nicht damit rechnen würde.

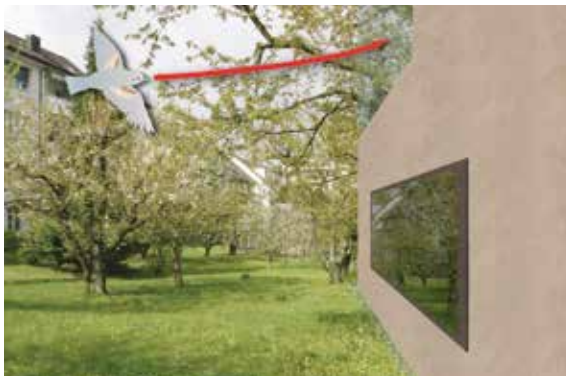
Auch wenn Vögel nach einem Aufprall unverletzt scheinen, so geht dennoch jeder zweite später an inneren Verletzungen ein. Betroffen sind fast alle Vogelgruppen, darunter auch seltene und bedrohte Arten.



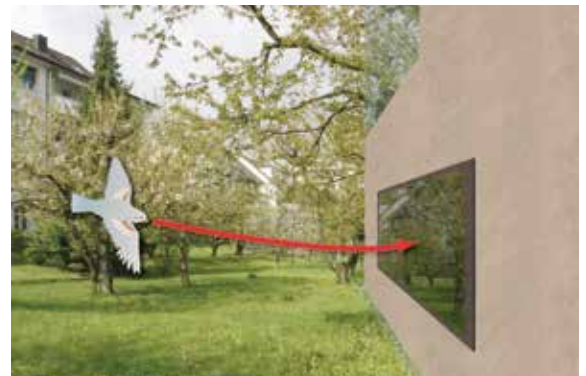
Wintergärten sind für Vögel gefährlich. Damit die Vögel davor bewahrt werden, durch die Ecke durchzufliegen, genügt es oft, nur die Stirnseiten zu markieren. Beachten Sie auch unser Merkblatt über Wintergärten auf www.vogelglas.info.

Glas ist eine doppelte Gefahrenquelle:

Es ist durchsichtig: Der Vogel sieht den Baum hinter der Scheibe und nimmt dabei das Hindernis nicht wahr.



Es reflektiert die Umgebung: Bäume und der Himmel spiegeln sich und täuschen einen Lebensraum vor.



Vogelkollisionen an Glas vermeiden

Hier besteht Gefahr!



Passerelle



Windschutz



Veloständer



Lärmschutzwand



Wintergarten



Eckkonstruktion



Balkongeländer



Spiegelnde Fassade

Gestaltung der Umgebung

Je attraktiver ein Ort für Vögel ist, desto höher das Kollisionsrisiko. So ermittelten wir an transparenten Lärmschutzwänden mit Begrünung eine viermal höhere Kollisionsrate als an gehölzfreien Strecken. Wo grosse Glasflächen unvermeidlich sind, empfehlen wir, keine Bäume und Büsche in der näheren Umgebung zu pflanzen bzw. bestehende zu entfernen. Auch ein üppiger Pflanzenwuchs im Wintergarten erhöht das Risiko.

Schutzmassnahmen vor dem Bau

Bevor Sie Glas an Stellen einsetzen, wo es eine Gefahr für Vögel sein könnte, machen Sie sich bitte folgende Überlegungen:

- Muss es wirklich transparentes oder stark spiegelndes Glas sein (1)?
- Würde auch eine mobile Vorrichtung reichen, die nur im Bedarfsfall aufgestellt wird (z.B. Windschutz)?
- Wo wird die Gefahr am grössten und wie kann man ihr vorbeugen?

Generell gilt: Wenn Glas, dann ein möglichst wenig spiegelndes Produkt mit einem Aussenreflexionsgrad von max. 15%. In vogelreichen Umgebungen bietet dies jedoch keinen ausreichenden Schutz. Wir empfehlen für dort zusätzlich kontrastreiche Markierungen an der Anflugseite (siehe nächste Seite).



Nutzen Sie Alternativen:

- geripptes, geriffeltes, mattiertes, sandgestrahltes, geätztes, eingefärbtes, bedrucktes Glas (z.B. Punktraster mit Bedeckung mind. 25 %, 2-4)
- Gussglas, Drahtglas, Milchglas, Glasbausteine, Stegplatten
- andere undurchsichtige Materialien
- Oberlichter statt seitliche Fenster
- Glasflächen neigen, statt im rechten Winkel anbringen

Handelsübliches, getöntes Glas ist nicht empfehlenswert, da dieses normalerweise die Umgebung stark reflektiert.

Nachträgliche Schutzmassnahmen

Bei bestehenden Gefahrenquellen gilt:

- nur eine flächig wirkende, sich möglichst von der Umgebung abhebende Markierung bringt den nötigen Schutz
- sehr wirkungsvoll sind Lösungen mit Streifen (5-7); vertikale Linien sind mind. 5 mm breit bei max. 10 cm Abstand, horizontale Linien mind. 3 mm breit bei max. 5 cm Abstand
- Klebefolien oder -bänder von guter Qualität verwenden (z.B. Streifen für Auto-Tuning)
- Markierungen wenn immer möglich auf der Aussenseite anbringen

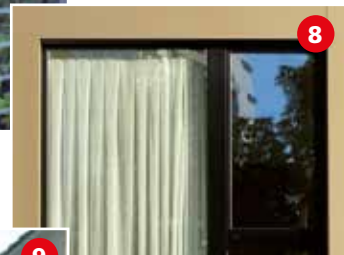
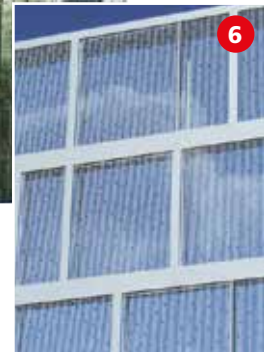
Achtung: Folien können Spannungen in den Scheiben verursachen, was in Ausnahmefällen zu Glasbruch führen kann; kontaktieren Sie im Zweifelsfall den Glashersteller.

Einfach, aber wirkungsvoll

Unter Umständen erzielen Sie auch mit folgenden Mitteln eine gute Wirkung (immer möglichst aussenseitig anbringen):

- helle Vorhänge (8), Jalousien, Rollos, Kordelbänder, Folienbänder
- farbige Dekorationen, Zeichnungen mit Finger- & Fensterfarben (9, 10)
- Firmensignete, Schaufensterdekorationen, Dekorsprays
- Gitter, Mückenschutznetze (11), Nylonschnüre, Baumwollfäden, grobmaschige, kräftige Netze oder Lochbleche
- Streifenvorhänge (Lamellen, 12 in Wintergärten

Futterstellen, Nistkästen etc. sollte man möglichst nicht in Fensternähe anbringen. Oder wenn schon: In einer Distanz von max. 1 m von der Scheibe, so dass ein Vogel bei einem plötzlichen Start gegen die Scheibe noch keine hohe Geschwindigkeit erreicht hat.



Vogelkollisionen an Glas vermeiden

Was tun, wenn trotzdem ein Vogel verunfallt?

Ein Vogel liegt benommen am Boden, atmet schwer und flüchtet nicht. Legen Sie ihn in eine Kartonschachtel mit Luftlöchern und stellen Sie diese ins Dunkle. Gehen Sie damit nach 1–2 Stunden ins Freie (keine Experimente im Hausinnern!) und lassen Sie den Vogel fliegen. Startet er nicht, dann bringen Sie ihn in die nächste Vogelpflegestation (Adresse bei der Vogelwarte oder bei BirdLife Schweiz erfragen) oder in eine Kleintierpraxis.

Beratung gewünscht?

Bei Bauprojekten oder bei Vogelschutzproblemen an bestehenden Gebäuden beraten wir Sie gerne. Schicken Sie uns Kopien von Bauplänen oder ein paar Fotos. Wir versuchen, zusammen mit Ihnen eine praxistaugliche Lösung zu finden. Eine einmalige Beratung ist kostenlos.

Produkte und Anwendungen

Markierungen werden am besten bereits vor der Montage noch im Werk aufgetragen (z.B. mit

Davon raten wir ab

- UV-Stickers, UV-Folien und UV-Pens schneiden in Tests schlecht ab.
- Greifvogelsilhouetten schrecken nicht ab.
- reflexionsarmes Glas bietet in transparenten Situationen wie Windschutzverglasungen, Wintergärten etc. keinen Schutz. Hingegen kann es z.B. am Wohnzimmerfenster die Spiegelungen eindämmen.
- transparente Balkonbrüstungen, getönte Scheiben und Sonnenschutzfolien sind gefährlich und sollten vermieden werden.

Sieb- oder Digitaldruck). Bei BirdLife Schweiz (www.birdlife.ch/shop) sind diverse Motive erhältlich, bei der Schweizerischen Vogelwarte (www.vogelwarte.ch/shop) zusätzlich auch Klebebänder aus hochwertiger Kristallfolie (s. Abb.). Für das nachträgliche Anbringen auf grösseren Flächen kontaktiert man am besten ein Unternehmen für Aussenwerbung/Schriftenmalerei. Für dauerhafte Lösungen achte man auf qualitativ hochwertige, für Aussenanwendungen geeignete Produkte.



Für langlebige, dezente Aussenanwendungen: Oracal Kristallfolie ab Band. Bei horizontaler Montage beträgt der Abstand idealerweise 8cm.



Bei Holzfenstern praktisch und günstig: Beidseitig an Rahmen je 1 Nagel einschlagen, Gummiband spannen und alle 10cm eine dicke weisse Nygonschnur anknüpfen.



Motive aus Kristallfolie bieten – wenn relativ dicht aufgebracht – recht guten Schutz. Sie sind an sich in beliebigen Formen produzierbar.

Tipps: Aufkleber und Klebestreifen montiert man auf saubere Scheiben. Blasenfrei geht dies, wenn man die Scheiben anfeuchtet (allenfalls mit Wasser mit etwas Abwaschmittel drin) und die Folien anschliessend mit einem Küchenschaber glatt streicht. Beim Ausrichten und exakten Abschneiden können ein Malerband oder Post-its hilfreich sein. Alte Folien lassen sich besser entfernen, wenn man sie kurz mit Heissluft (Föhn) erwärmt.

Beachten Sie auch die Broschüre «Vogelfreundliches Bauen mit Glas und Licht» sowie unsere Website zu diesem Thema: www.vogelglas.info

Autor: Hans Schmid | Revision 2016
© Schweizerische Vogelwarte Sempach, BirdLife Schweiz
Das Kopieren mit Quellenangabe ist erwünscht.

Schweizerische Vogelwarte, 6204 Sempach, Tel. 041 462 97 00, Fax 041 462 97 10, info@vogelwarte.ch, www.vogelwarte.ch

BirdLife Schweiz, Postfach, 8036 Zürich, Tel. 044 457 70 20, Fax 044 457 70 30, svs@birdlife.ch, www.birdlife.ch

Vogelschlag an Glas

- Mit Muster für Stellungnahmen und Pressemitteilungen -

Inhalt

1.	Tödliches Glas	1
2.	Vogelschlag vermeiden	2
3.	Muster für Stellungnahmen und Pressemitteilungen	3
	Anhang	5

1. Tödliches Glas

Bauen mit Glas liegt im Trend – es wird jedoch nur selten bedacht, dass [jährlich mehrere Millionen Vögel](#) an Glasscheiben und stark spiegelnden Gebäudefassaden tödlich verunglücken. Betroffen sind nahezu alle Vogelgruppen, auch gefährdete und streng geschützte Arten, wie etwa der Eisvogel (*Alcedo atthis*). Vögel können Hindernisse normalerweise leicht umfliegen, **transparentes** Glas ist für sie jedoch nicht sichtbar und wird nicht als Hindernis erkannt. Stattdessen wird die dahinter liegende Landschaft auf direktem Weg angefliegen – mit fatalen Folgen: Die Vögel fliegen meist ungebremst auf das Hindernis und sterben entweder sofort durch die Wucht des Aufpralls oder später an inneren Verletzungen. Dies geschah im Mai 2020 in Halle (Salle) dem lokalen Eisvogel Brutpaar, welches ungebremst gegen die gläsernen Planken der Klausbrücke flog.

Besonders gefährlich sind neben verglasten Brückenbauwerken auch transparente Eckkonstruktionen wie Balkonverglasungen, Eckfens-

ter oder Wintergärten sowie freistehende Glasflächen, z. B. Wind- oder Lärmschutzwände, Buswartehäuschen und dergleichen.

Auch Durchsichten durch ein Gebäude sind ein großes Problem, da Vögel das Gefühl haben, durch diesen optischen Tunnel hindurch fliegen zu können.

Je großflächiger und transparenter die Glasfläche, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit einer Kollision, vor allem wenn sich im Umfeld attraktive Vogellebensräume mit Versteck- und Nahrungsmöglichkeiten befinden.

Eine weitere Gefahr stellt die **Spiegelung** an Glas und anderen reflektierenden Oberflächen dar. Durch die Reflexion der Umgebung wird den Vögeln ein Lebensraum oder eine freie Flugbahn vorgetäuscht, die ebenfalls auf direktem Wege angefliegen werden. Sonnenschutzgläser mit hohem Außenreflexionsgrad bilden die Umgebung besonders realitätsnah ab, gefährliche Spiegelbilder können aber auch an weniger stark spiegelnden Glasscheiben

entstehen, vor allem wenn der Helligkeitsunterschied zwischen Gebäudeinnerem und heller Umgebung sehr groß ist.



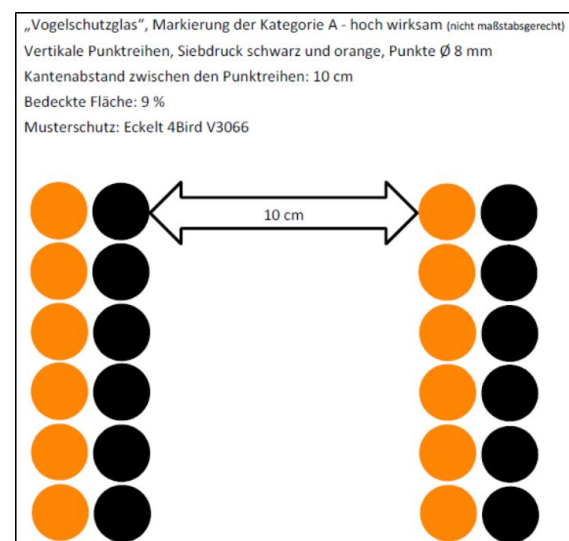
Eine spiegelnde Terrassentür wurde dieser Singdrossel zum Verhängnis. Mit freundlicher Genehmigung des NABU/Anette Wolff

Auch nächtliche Beleuchtung kann zum Problem werden: Insbesondere bei Nebel oder einer dichten Wolkendecke werden Zugvögel vom Licht angelockt, können die Orientierung verlieren und mit beleuchteten Gebäuden kollidieren.

2. Vogelschlag vermeiden

Bereits bei der Planung und dem Neubau eines Hauses lassen sich Gefahrenstellen durch architektonische Maßnahmen und die Verwendung von geriffeltem oder mattiertem Glas von vornherein vermeiden. Will man auf transparentes Glas nicht verzichten, sollte es für Vögel als Hindernis sichtbar gemacht werden. Dies ist beispielsweise durch eine flächige dekorative oder auch dezente Markierung durch Siebdruck-Muster oder geätztes Glas gut möglich.

Doch Vorsicht: Nur vollflächig markierte Scheiben werden von Vögeln als Hindernis erkannt! Unmarkierte Stellen von mehr als 10 cm veranlassen Vögel zum Durchfliegen. Schon 3 mm breite horizontale Linien bei maximal 4,7 cm Kantenabstand können Vogelprall verhindern, auch kontrastreiche Punkt- und Gittermuster haben sich als wirkungsvoll erwiesen. Bei vertikalen Streifen ist zwar eine Liniendicke von mind. 5 mm nötig, jedoch ist dann schon ein Kantenabstand von max. 10 cm ausreichend.



Bei freistehenden Glasscheiben ist eine beidseitige Markierung am wirkungsvollsten.

UV-Markierungen sind nach den bisher [vorliegenden Studienergebnissen](#) dagegen wenig geeignet bis unwirksam. Außerdem gibt es [Vogelarten, die kein UV-Licht wahrnehmen können](#).

Es sollte immer möglichst reflexionsarmes Glas (Reflexionsgrad max. 15 %) genutzt werden, um die Gefahr der Spiegelung zu entschärfen. Die Transparenz bleibt natürlich weiterhin ein Problem.

Um bereits vorhandene Scheiben nachträglich zu sichern, können Klebefolien mit einem geeigneten Muster angebracht werden. Die bekannten, vereinzelt aufgeklebten Greifvogelsilhouetten sind allerdings wirkungslos! Diese müssten nahezu flächendeckend angebracht werden.

Mögliche Alternativen sind Jalousien, Fliegengitter, Streifenvorhänge oder ähnliches, die im Idealfall auf der Außenseite der Scheiben angebracht werden.

Eine Linksammlung zu hoch wirksamen Markierungen und Tipps für vogel- und tierfreundliches Bauen finden Sie im Anhang.

3. Muster für Stellungnahmen und Pressemitteilungen

Durch entsprechende Stellungnahmen und Pressemitteilungen haben Sie die Möglichkeit, von Bauherren und Genehmigungsbehörden die Umsetzung der vogelfreundlichen Bauweise mit Glas zu fordern und im besten Falle davon zu überzeugen.

Der folgende Textbaustein entstand auf Grundlage einer Stellungnahme, die im Rahmen des Projektes „Vermeidung von Vogelschlag an transparenten und spiegelnden Bauelementen“ des BUND NRW e.V. verfasst wurde. Das Projekt wird durch die Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW gefördert.

Mustertext für Stellungnahmen

Anschrift der Genehmigungsbehörde, des Bauherren etc.

Betreff: Vermeidung von Vogelschlag an Glas bzw. Bezug zu konkretem Vorhaben

Sehr geehrte Damen und Herren, *sehr geehrte Frau xy, sehr geehrter Herr xy,*

§ 44 (1) BNatSchG verbietet das Töten oder Verletzen aller wildlebenden Tiere der besonders geschützten Arten einschließlich aller heimischen Vogelarten. Unter das Verbot fällt auch eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos durch ein Vorhaben, wie zum Beispiel das Verbauen von gläsernen Bauelementen. Die Verbote des § 44 BNatSchG sind abwägungsfest.

Bei der Errichtung von Gebäuden oder technischen Anlagen mit Glasfassaden oder -elementen kann sich das Kollisionsrisiko für Vögel stark erhöhen. Vögel verenden entweder unmittelbar durch die Kollision oder verletzen sich so, dass sie später an den Folgen sterben oder zu einer leichten Beute für Prädatoren werden.

Besonders vogelgefährliche Objekte sind z. B. die (Lärmschutzwand xy / Schule xy / Halle xy) in, an der nachweislich schon zahlreiche Vögel verunglückt sind.

Glas ist für Vögel unsichtbar. Sie sehen entweder hindurch oder nehmen nur eine Spiegelung der Umgebung wahr. Neben großflächigen Verglasungen stellen Eckverglasungen, (begrünte) verglaste Dachterrassen, gläserne Verbindungsgänge und -tunnel sowie (Lärm-) Schutzwände und Balkonverglasungen eine besondere Gefährdung dar, da diese in viel genutzten Flugschneisen von Vögeln liegen können. Dabei kann Glas in jeder Höhe eine Gefahr darstellen, da verschiedene Vogelarten unterschiedliche Flughöhen bevorzugen. Auch kleine Glasflächen oder Fenster können insbesondere durch Spiegelungen natürlicher Grünstrukturen eine Gefahr für Vögel darstellen.

Das mit dem Vorhaben verbundene Kollisionsrisiko ist in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde zu beurteilen. Einem erhöhten Kollisionsrisiko ist durch Verwendung von vogelfreundlichem Glas gemäß der österreichischen Norm ONR 191040 (Kategorie A - hochwirksam) oder durch andere geeignete konstruktive Maßnahmen zu begegnen. UV-Markierungen sind nicht ausreichend wirksam, da eine Reihe von Vogelarten kein UV-Licht wahrnehmen kann.

Wir möchten daher konkret vorschlagen, dass die Verglasungen an (Lärmschutzwand xy/ Schule xy / Halle xy) mit Klebefolien nachgerüstet werden.

Ausführliche Informationen zum Thema Vogelschlag bieten beispielsweise die Broschüren „[Vogelschlag an Glas](#)“ des BUND NRW e.V. und „[Vogelfreundliches Bauen mit Glas und Licht](#)“ der Schweizerischen Vogelwarte Sempach.

Mit freundlichen Grüßen

xy

Ggf. Hintergrundinformationen zum beanstandeten Gebäude ergänzen. Ggf. Hintergrundinformationen anfügen zu Vogelschlag allgemein (vgl. Kap. 1).

Der Text umfasst xx Zeichen (mit Leerzeichen) [bei Microsoft Word 2010 geht das so: zu zählende Zeichen markieren, Reiter „Überprüfen“ anklicken > „Wörter zählen“]

Der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e.V. (LNV) ist der Dachverband der Natur- und Umweltschutzverbände in Baden-Württemberg mit 34 Mitgliedsverbänden, in denen über 540.000 Einzelmitglieder organisiert sind. Der LNV vertritt nach § 51 NatSchG BW als Dachverband die Natur- und Umweltschutzverbände des Landes und ist anerkannte Naturschutz- und Umweltvereinigung nach § 3 Umweltrechtsbehelfsgesetz.

Mustertext für Pressemitteilungen

Pressemitteilung

Ort, Datum

Tödliches Glas

LNV-Arbeitskreis xy fordert vogelfreundliches Bauen

In einem Schreiben an (Stadt xy / Gemeinde xy / Architekturbüro xy) hat der Arbeitskreis xy des Landesnaturschutzverbandes auf das Problem des Vogelschlages an Glasflächen hingewiesen. Er schlägt vor, die (Lärmschutzwand xy / Schule xy / Halle xy) mit geeigneten Klebefolien nachzurüsten, die Vogelschlag effektiv verhindern können.

Stuttgart, den 23.10.2020

gez. Julia Flohr, LNV-Arbeitskreisbetreuerin

Tel.: 0711 – 24 89 55-22

E-Mail: Julia.Flohr@lnv-bw.de

Dieses LNV-Info löst LNV-Info 05/2017 ab, das damit seine Gültigkeit verliert.

P.S.: Für Hinweise und Verbesserungsvorschläge ist die LNV-Geschäftsstelle stets dankbar. www.lnv-bw.de

Anhang

Linksammlung zu hoch wirksamen Markierungen und Tipps für vogel- und tierfreundliches Bauen:

<http://www.wua-wien.at/index.php/naturschutz-und-stadtoekologie/vogelanprall-an-glas-flaechen/vogelanprall-an-glasflaechen/kategorie-a>

<http://www.wua-wien.at/naturschutz-und-stadtoekologie/vogelanprall-an-glasflaechen>

<http://www.lbv.de/ratgeber/vogelschutz/glas.html>

<http://www.lbv.de/ratgeber/vogelschutz/glas/vogeltod-vermeiden.html>

<https://www.bund-nrw.de/themen/vogelschlag-an-glas/>

www.nabu.de/glastod

<http://www.vogelglas.info/>

http://www.lichtverschmutzung.de/dokumente/PostTower_und_Vogelwelt.pdf

<http://www.artenschutz-am-haus.de/>

<http://www.vogelwarte.ch/de/voegel/ratgeber/gefahren-fuer-voegel/vogelkollisionen-an-glas-vermeiden>

Anbieterliste zu vogelsicherem Glas und Foliennachrüstung:

<https://www.haverkamp.de/de/sonnenschutz-und-folientechnologie/architektur/fenster-folien/vogelschutzfolien/produkt/opalfilm-birdsafe>

<https://www.glastroesch.ch/glas/720-silverstar-birdprotect.html>

www.okalux.de

<https://www.sefar.com/de/609/Siebdruck/Glas/Glas.htm?Folder=4288084>

https://www.3mdeutschland.de/3M/de_DE/unternehmen-de/produkte/?N=5002385+8709314+8709363+8711017+8720876+8729483&rt=r3

<https://www.warema.de/jalousien/aussenjalousien.php>

3495525.36
549807.12



Gemeinde: Vaihingen an der Enz
Gemarkung: Aurich



